:antifaschistische nachrichten

Nr. 23

g 3336 6.11.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Kundgebung gegen Antisemitismus in München

„Ja zum Jüdischen Zentrum– Nein zu Rechtsextremismus und Gewalt!" Unter diesem Motto zeigten am Sonnabend, 25.9. in München rund 1000 Menschen ihre Solidarität mit den jüdischen Bürgern der Stadt. Zu der Kundgebung hatte ein Bündnis für Toleranz aufgerufen, dem auch Gewerkschaften, Kirchen und Jugendverbände angehören, nachdem rechtsextreme Attentatspläne gegen den geplanten Neubau des Jüdischen Zentrums bekannt wurden.

Unter den Kundgebungsteilnehmern auf dem Sankt-Jakobsplatz, wo am 9. November die Grundsteinlegung für das Zentrum stattfinden wird, fanden sich Stadtratsmitglieder aller Fraktionen ebenso wie PDS-Mitglieder, Jugendgruppen, Punks und Anhänger der christlich-fundamentalistischen Partei Bibeltreuer Christen.

Viele Menschen zeigten sich bestürzt, dass überhaupt die Notwendigkeit zu einer solchen Kundgebung bestände. „Es gibt in der Bevölkerung keinen Rückhalt für den braunen Sumpf", erklärte Oberbürgermeister Christian Ude (SPD). Der Bau des Jüdischen Zentrums, zu dem auch eine Synagoge und ein Museum gehören werden, sei eine „historische Last Münchens als Hauptstadt der Bewegung".

Kaum ein Schüler kenne heute den Platz der Synagoge in München, bedauerte die Vorsitzende des Kreisjugendrings Elke Geweniger. Die fatale Gründlichkeit der NS-Verbrechen zeige noch 75 Jahre später ihre Wirkung darin, dass jüdisches Leben aus dem Gedächtnis der Jugendlichen gelöscht sei.

Der katholische Weihbischof Engelbert Siebler stellte in seiner Rede ausgerechnet Kardinal Michael von Faulhaber als Beispiel des Widerstands gegen den Nationalsozialismus dar. Mit keinem Wort erwähnte Siebler, dass Faulhaber ein glühender Antisemit war, der Schutzgebete für Hitler sprechen ließ. Ein Versagen der Kirche unter dem Nationalsozialismus und damit eine Mitschuld am Holocaust bekannte dagegen die evangelische Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler. Es sei ein „Geschenk des Zutrauens", dass Juden heute wieder bereit seien, in Deutschland zu leben. Zur Solidarität mit den kürzlich vom Münchner Amtsgericht zu Geldstrafen verurteilten Antifaschisten rief der Münchner DGB-Vorsitzende Helmut Schmid auf. Es sei schwer verständlich, dass diejenigen, die durch Zivilcourage Naziaufmärsche verhindern wollten, jetzt strafrechtlich verfolgt würden.

Erst vergangenen Donnerstag hatte der Fraktionsvorsitzende der Münchner Grünen Siegfried Benker eine geringe Bewährungsstrafe erhalten, weil er vergangenen Herbst dazu aufgerufen hatte, sich einer vom Rechtsterroristen Martin Wiese angemeldeten Demonstration in den Weg zu stellen. Zuvor war unter anderem der KZ-Überlebende Martin Löwenberg wegen eines solchen Aufrufes zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Nikolaus Brauns ■

Anlässlich des 65. Jahrestages der „Reichskristallnacht" am 9. November 1938 finden am Sonntag, den 9. November 2003 an vier Orten in München öffentliche Lesungen der Namen der Münchner Juden, die deportiert, ermordet oder in den Suizid getrieben wurden, statt. Das Gedenken steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Grundsteinlegung für die neue Synagoge am St.-Jakobs-Platz. Die Liste der Namen wird in den Grundstein der neuen Synagoge eingebracht. Genaue Daten siehe Seite 2.

Aus dem Inhalt:

„Gute Seiten des NS"? 5
Rechtspflege - Antifaschisten in München vor Gericht 7
Edelweißpiraten waren Widerstandskämpfer. 10

Polizeiaktion gegen Combat 18

SCHLESWIG-HOLSTEIN. Die schleswig-holsteinischen Ermittlungsbehörden sind am 28.10. gegen die rechtsextremistische Gruppierung „Combat 18 - Pinneberg“ vorgegangen. Im Rahmen der groß angelegten Durchsuchungsaktion seien gut 50 Objekte in Neumünster, Kiel, Husum, Rendsburg, Hamburg, dem Raum Itzehoe sowie in Niedersachsen unter die Lupe genommen worden, teilte ein Sprecher des Landeskriminalamtes mit. Sieben Personen seien festgenommen worden, gegen fünf von ihnen wurde bereits Haftbefehl erlassen. Die Gruppe sei nicht nur gewaltbereit, sondern auch in der Lage gewesen, Gewalt auszuüben, hieß es.

Hauptverdächtige sind zwei 22 Jahre alte Männer aus Pinneberg bei Hamburg, laut Spiegel-TV vom 2.11. gehört Clemens Otto von der Kameradschaft Pinneberg dazu. Insgesamt soll es 25 „Combat 18“-Unterstützer geben. Unter den Tatverdächtigen ist auch der frühere NPD-Landeschef Peter Borchert, der sich im Club 88 in Neumünster engagierte. Sie alle werden verdächtigt, eine politisch motivierte kriminelle Vereinigung zu bilden, sagte der LKA-Sprecher. An der Aktion waren rund 300 Beamte beteiligt. Bei den Durchsuchungen wurden mehrere Schusswaffen, Pläne zum Bombenbau und CDs mit volksverhetzendem Inhalt sichergestellt.

„Combat 18“ ist eine der aktivsten Neonazi-Gruppen in Großbritannien. Sie verstehe sich als bewaffneter Arm der Skinhead-Organisation „Blood and Honour“, sagte der LKA-Sprecher. Die Skinhead-Gruppe war im September 2000 vom Bundesinnenministerium verboten worden, da sie gegen die Verfassung verstoße und dem Gedanken der Völkerverständigung entgegen stehe.

Bei „Combat 18“ handele es sich um eine äußerst militante und gefährliche rechtsextreme Gruppierung, so Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß (SPD). In Spiegel-TV am 2.11. hob Graeme Atkinson, Europakorrespondent des britischen Antifa-Magazins Searchlight hervor, dass „Combat 18“ „vor nichts Halt machen“, sie hätten der gesamten demokratischen Gesellschaft den Krieg erklärt und haben in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, dass sie in der Lagesind, Gewalt anzuwenden.

NDR online 28.10., Spiegel-TV 2.11. ■

Nazi-Demo für SS-Denkmal

MARIENFELS/RP. Gegen die Pläne der Gemeinde Marienfels bei Koblenz, das Denkmal für das 1. SS-Panzerkorps abreißen zu lassen, wollen am Samstag, den 22. November, Neofaschisten demonstrieren. Nachdem die „Junge Freiheit“ vor ein paar Wochen über die Pläne der Gemeinde berichtet hatte und den ehemaligen Bankdirektor Claus Cordsen als Vorsitzenden des Kameradschaftsverbandes der Soldaten des 1. Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS zu Wort kommen ließ, mobilisieren nun die sogenannten „Freie Nationalisten“. Die Protestdemonstration am 22.11. werde „erst der Anfang sein, wenn die Behördenfunktionäre in Marienfels nicht zur Besinnung kommen“, heißt es drohend in ihrem Aufruf. Versammeln wollen sich die Neofaschisten um 13 Uhr am Ortseingang Marienfels (von Niederbachheim kommend). *hma* ■

Ludendorffer verstorben

PÄHL. Die „Deutsche National-Zeitung“ des DVU-Chefs Frey ehrt den im Alter von 93 Jahren verstorbenen Verleger Franz Freiherr Karg von Bebenburg mit einem Nachruf. „An Vaterlandstreue hat er sich unbestritten von niemandem übertreffen lassen“, heißt es dort. Der Gründer und Inhaber des Verlages Hohe Warte war Herausgeber der Zeitschrift „Mensch und Maß“ der Ludendorff-Anhänger vom „Bund für Gotterkenntnis“ (von 1961 bis 1977 verboten) und Schwiegersohn der Mathilde Ludendorff, der Frau jenes Generals, der 1923 beim missglückten Hitler-Putsch in München an der Spitze mitmarschierte. Zum Angebot des Verlages von Bebenburg gehörten Mitte der 80er Jahre u.a. auch Bücher des NS-Rasseforschers Hans F. K. Günther („Rasse-Günther“). 1980 war Bebenburg Mitunterzeichner eines Aufrufes, der im Jahr zuvor von Gerhard Frey gegründeten „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) beizutreten. *hma* ■

BJO dreht auf

BAD PYRMONT. Der „Bund Junges Ostpreußen“ (BJO), Nachfolger der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO), von der sich die immer noch mit Steuergeldern unterstützte „Landsmannschaft Ostpreußen“ wegen ihrer neofaschistischen Bestrebungen trennen musste, führt vom 21. bis 23. November ihr traditionelles Herbstseminar in Bad Pyrmont durch. In Zusammenarbeit mit der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) (langjähriger Vorsitzender der SWG war Hugo Wellems, ehemals Chefredakteur des „Ostpreußenblattes“ und vormals NS-Propagandachef in der Pfalz) und dem von dem ehemaligen NS-Marinestabsrichter Hans Karl Filbinger mitinitiierten „Studien-

weiter Seite 4

„Aus der Vergangenheit für die Zukunft“

München. Anlässlich des 65. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 finden am Sonntag, den 9. November 2003, an vier Orten in München öffentliche Lesungen der Namen der Münchner Juden, die deportiert, ermordet oder in den Suizid getrieben wurden, statt. Von 8 Uhr bis 10 Uhr lesen Münchner Bürger die Namen der Opfer:

Lehel: St. Anna-Platz 2 (ehem. Wohnhaus von Lion Feuchtwanger)

Maxvorstadt: Brienner Straße 18/20, Bayerische Landesbank / Innenhof (Ort des ehem. Wittelbacher Palais, Sitz der Gestapo 1933-1945)

Haidhausen: Haupteingang zu Kulturzentrum am Gasteig / Georg- Elser-Gedenkplatte (Ort des ehem. Bürgerbräukellers)

Neuhausen: Platz der Freiheit, Landshuter Allee / Leonrodstraße (Gedenkstein für die Opfer des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus)

Die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern und die Regionalgruppe München der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ veranstalten mit Unterstützung des Stadtarchivs München erstmals zusammen mit den vier Bezirksausschüssen Altstadt-Lehel, Maxvorstadt, Au-Haidhausen und Neuhausen-Nymphenburg anlässlich des 65. Jahrestages der „Reichskristallnacht“ eine öffentliche Namenslesung. Damit soll öffentlich daran erinnert werden, dass in allen Stadtteilen Münchens Juden gewohnt und gearbeitet haben, dort aber auch vor den Augen der Öffentlichkeit gedemütigt, verfolgt und deportiert wurden. Die Liste der Namen wird anschließend in den Grundstein der neuen Synagoge eingebracht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hoffte man, dass es in Deutschland niemals wieder rechte Gewalt, brennende Synagogen, verleumderische Angriffe und Bedrohungen für Minderheiten geben könnte. An den Anfang des Grundgesetzes stellte man bewusst den Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Dennoch werden wir schon seit Jahren immer wieder mit einem rechtsextremistischen Gewaltpotential konfrontiert, das in jüngster Zeit in alarmierender Weise zugenommen hat.

Das Pogrom der „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938, ausgehend von einer wüsten antisemitischen Rede des Propagandaministers Goebbels im Festsaal des Alten Rathauses in München, wurde zum Fanal für die Ermordung der europäischen Juden in den nachfolgenden Jahren. Es war der Auftakt zu einer bis dahin unvorstellbaren Eskalation der Gewalt. Synagogen brannten, jüdische Friedhöfe wurden geschändet, jüdische Geschäfte geplündert und verwüstet, jüdische Bürger gedemütigt, misshandelt und zu Zehntausenden in Konzentrationslager verschleppt und ermordet. Mit der Namenslesung verbinden die Veranstalter die Hoffnung, zum Nachdenken anzuregen. Die Wahrung der Menschenwürde und die Sicherung der Demokratie bedürfen stets des Engagements aller Bürger. ■

Gedenken alleine reicht nicht aus!

Flugblatt der Bundesvereinigung der VVN-BdA zum Jahrestag der antijüdischen Pogrome vom 9. November 1938

Am 9. November 2003 sollte auf dem Münchner Jakobsplatz eine Bombe explodieren. Ziel des Attentates: die Grundsteinlegungsfeier für einen Synagogen-Neubau und ein jüdisches Gemeindezentrum. Der Anschlag konnte gerade noch verhindert werden.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 hatte NS-Propagandaminister Joseph Goebbels von München aus – der damaligen Nazi-"Hauptstadt der Bewegung" – reichs-weit zu antijüdischen Pogromen aufgerufen. Überall in Deutschland brannten daraufhin Synagogen, Schaufenster von jüdischen Geschäften wurden zerschlagen und ausgeraubt. 20.000 männliche Juden wurden in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau verschleppt.

Ort, Datum und Ziel für ihren geplanten Anschlag hatten die Terroristen der Neonaziformation „Kameradschaft Süd" bewusst gewählt. Zum 9. November 2003 sollte ein unübersehbares faschistisches und antisemitisches Zeichen gesetzt werden. Mit Bezug auf den 9. November 1938; mit Mord und Totschlag und der Verbreitung von Angst und Schrecken.

Antisemitismus nicht nur bei Neonazis

Nach der Aufdeckung dieses Vorhabens, nach den Sprengstoff- und Waffenfunden mangelte es zwar nicht an betroffenen Lippenbekenntnissen – aber so richtig wundern mochten sich nur wenige über die antisemitische Stoßrichtung des Naziterrors. Werden doch inzwischen beinahe jede Woche Gedenkstätten an Opfer des NS-Regimes und jüdische Grabstätten geschändet. Und hat doch der Antisemitismus in mannigfacher Form wieder Eingang gefunden ins öffentliche Leben dieses Landes.

Beinahe wöchentlich werden inzwischen Gedenkstätten geschändet

Nicht nur vom äußerst rechten Rand dieser Gesellschaft aus, sondern auch aus ihrer politischen und intellektuellen Mitte. „Die Juden" werden kollektiv verantwortlich gemacht für die israelische Staatsregierung und deren Militärpolitik. Das Gedenken an die Opfer des Holocausts wird geschmäht oder zumindest relativiert: Aufgerechnet werden diese Opfer gegen die Zahl der Toten, Verwundeten und Vertriebenen, die als Auswirkung von Naziherrschaft und Krieg schließlich auch das Verfolgerland verzeichnen musste.

Debatten, wie sie mit den Namen Walser und Möllemann verbunden waren, stehen für solche Umwertungen des Opfer- Täter-Verhältnisses. Und sie bereiten den Boden für die Verbreitung alter und neuer antisemitischer und rassistischer Ressentiments, bis hin zu der These, dass „die Juden" ja letztlich selbst schuld am Antisemitismus seien.

Für Humanismus und Demokratie

Mit dem jährlichen Gedenken an den 9. November 1938 ehren wir die Menschen, denen in und seit jener Pogromnacht – legitimiert durch die deutsche Rassegesetzgebung – als „Nichtarier" zuerst das Bürgerrecht eingeschränkt und schließlich im Dauerpogrom der „Endlösung der Judenfrage" das Leben genommen wurde.

Das Nein zum Antisemitismus und jede moralische Entrüstung über den aktuellen Antisemitismus bleiben wichtig, aber sie reichen nicht aus, um im Denken tiefverwurzelte antisemitische Vorurteile zu überwinden. Gedenktage wie der 9. November müssen im Lebenslauf aller Nachgeborenen verbleiben, damit die Frage wach gehalten wird, ob etwa der primitive Mechanismus der Erklärung von Krisen und Katastrophen immer noch mit (organisierter) Pogromstimmung gegen Sündenböcke funktioniert oder ob verantwortliche Bürger eine sachliche Ursachendiskussion solcher Konflikte fordern.

Jährliches Erinnern an die Pogromnacht von 1938 hat auch die Aufgabe, die entschuldigenden Floskeln von: „Wir wussten doch gar nichts" bis zu: „Man konnte sowieso nichts machen" zu entlarven. Jedes Gedenken an die Opfer der faschistischen Ideologie ist aufs Neue eine Herausforderung zur Solidarität, die auch heute lebensrettende Bedeutung für Gerechtigkeit und Frieden hat.

Zivilcourage wurzelt im steinigen Boden der Kenntnis unserer Geschichte. Aber gerade diese Kenntnis ist Bedingung dafür, dass nicht neue Entschuldigungsfloskeln zur Alibirhetorik verweigerter Solidarität werden. Solidarität aber ist heute wichtiger denn je. Sich gegen Antisemitismus und Neofaschismus zu engagieren bleibt gemeinsame Aufgabe für uns alle, unabhängig von Religion, Weltanschauung und Herkunft. Der Antisemitismus ist nicht allein eine Bedrohung jüdischer Menschen – er richtet sich gegen jegliche Form demokratischen und humanistischen Lebens. Deshalb müssen wir uns ihm auch gemeinsam entgegen stellen.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.
e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de
www.vvn-bda.de ■

Seit den Anfängen der staatlichen Legitimierung der christlichen Kirchen hat eine Hass gegen Juden schürende Bibelauslegung eine entsetzliche Blutspur durch die Jahrhunderte gezogen. Im törichten Triumph, das einzig wahre Gottesvolk der Getauften zu sein, wurden die Juden wegen der angeblichen Erbschuld an der Kreuzigung Christi immer wieder dem Brudermord preisgegeben. Aus politischen und wirtschaftlichen Interessen wurden Pogrome und Kreuzzüge organisiert.

Als im deutschen Faschismus nicht nur die Parteigänger Hitlers sich als Herrenrasse feierten, wurden mit rechtskundiger Akribie zuerst den Juden die Bürgerrechte entzogen, bevor im Zweiten Weltkrieg die Ausrottung der Juden und Slawen Kriegsziel wurde, um in aller Bestialität der „arischen Rasse" neuen „Lebensraum" zu erobern.

zentrum Weikersheim“ (SZW) wird das Thema „Weltordnung und Völkerrecht nach dem Irak-Krieg“ diskutiert. Als Referenten werden u.a. der Brigadegeneral a.D. und SWG-Vorsitzende Reinhard Uhle-Wettler, Autor in der neofaschistischen „Nation und Europa“, der Burschenschaftler und „Ostpreußenblatt“-Redakteur Hans Heckel, der „Junge Freiheit“-Interviewpartner Prof. Dr. Theodor Schweisfurth, der „Junge Freiheit“-Autor und Geschaftsführer des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ Götz Kubitschek, der Burschenschaftler und ehemalige JLO-Bundesfunktionär Rene Nehring (nun BJO), und Christoph Radl für die „Deutsche Burschenschaft“ erwartet. Mit Kleinanzeigen wie „Wo liegt Ostpreußen? Bei Alaska, bei Sibirien oder 500km von Berlin? Ostpreußen lebt!“, wirbt der BJO um Bundesvorsitzende Nanette Kaiser (ehemals Landesvorsitzende der JLO und der „Jungen Freiheitlichen“ im „Bund Freier Bürger“) zur Zeit auch in der „Jungen Freiheit“ für sich. *hma* ■

Vor Zeitung gewarnt

POLEN. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes der „Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen“ Oppole und Abgeordnete im polnischen Sejm, Hendryk Kroll, hat die deutschsprachige Zeitung „Unser Oberschlesien“ massiven Vorwürfen ausgesetzt. Kroll hatte polnische und bundesdeutsche Geheimdienste aufgefordert, die Zeitung wegen „eindeutig rechtsextremer Tendenzen“ zu beobachten. Die Zeitung „veröffentlicht an Neonazismus grenzende Artikel“ und torpediere die deutsch-polnischen Beziehungen, so Kroll gegenüber der Warschauer Tageszeitung „Rzeczpospolita“.

Der in Görlitz lebende Verleger der Zeitschrift, Alfred Theisen, bezeichnet die Vorwürfe als „Schmutzkampagne“. Theisen, ehemals Mitarbeiter des CDU-Bundestagsabgeordneten Wilfried Böhm, eines langjährigen Funktionärs des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“(VDA), war Chefredakteur der „Schlesischen Nachrichten“ der „Landsmannschaft Schlesien“ und tauchte danach als Öffentlichkeitsreferent des „Bund der Vertriebenen“ und zeitweise auch als Autor in der „Jungen Freiheit“ auf. 1998 gründete er die Zeitschrift „Schlesien heute“ und wurde deren Chefredakteur. In Theisens „Senfkorn-Verlag“ erscheint seit drei Jahren auch die Zeitung „Unser Oberschlesien“, das frühere Mitteilungsblatt der „Landsmannschaft der Oberschlesier“. *hma* ■

CD-Rom präsentiert eine örtliche Landkarte des NS-Terrors

DELMENHORST. Ein spannendes zeitgeschichtliches Projekt haben die Museen der Stadt Delmenhorst „am Wickel“. Auf einer CD-Rom haben sie nun eine Topographie der Nazi-Zeit in der jetzt rund 80.000 Einwohner zählenden Stadt zwischen Bremen und Oldenburg erstellt. Für das nächste Jahr ist eine Veröffentlichung geplant; gegenwärtig dient die CD-Rom ausschließlich internen Zwecken der Museen.

Das Besondere an der „Silberscheibe“ ist die regionale Verortung von Straßen und Gebäuden. Der Nutzer erfährt zum Beispiel, wie Delmenhorster Straßen unter dem Hakenkreuz hießen und wie bestimmte Häuser in braunen Zeiten verwendet wurden.

Auf der CD-Rom, deren Konzeption von Fredo Behrens entwickelt wurde, finden sich mehr als 2.200 Einzeldateien mit rund 2.000 Druckseiten Texten und etwa 700 Bildern. 44 Themen aus der Nazi-Zeit wurden näher betrachtet. Dabei wurden Erinnerungen von Zeitzeugen ebenso herangezogen wie wissenschaftliche Studien oder auch die Dokumentation einer Ausstellung der Delmenhorster SPD aus Anlass des 50. Jahrstages der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Weil Delmenhorst früher in starkem Maße eine Industriestadt war und die Arbeiterparteien SPD und KPD deshalb viel Zulauf hatten, lebten in ihren Mauern auch viele spätere Opfer des Nazi-Regimes. Zu den Delmenhorster Politikern, die unter der NS-Herrschaft umgebracht wurden, gehörten zum Beispiel Heinrich Helmerking, Johann Snelinski und Heinrich Wagner.

Wilhelm von der Heyde überlebte die Verfolgung. Der Vorsitzender der Delmenhorster Naturfreunde wurde im März 1933 als städtischer Angestellter entlassen und im Herbst 1944 im Zusammenhang mit dem Widerstand des 20. Juli verhaftet. Nach dem Weltkrieg wirkte von der Heyde viele Jahre als Oberbürgermeister der Stadt.

Die Synagoge in der Cramerstraße 21 wurde in der Reichspogromnacht niedergebrannt. Später wurde sie zu einem Wohnhaus umgebaut.

Von den etwa 180 jüdischen Bürgern, die 1933 in Delmenhorst lebten, wurden mindestens 75 in Konzentrationslagern und Vernichtungslagern ermordet. Groß war auch die Opferzahl unter den ausländischen Zwangsarbeitern, von denen es in Delmenhorst viele gab. Allein auf dem Friedhof in Delmenhorst-Bungerhof liegen 127 Russen und Ukrainer begraben.

Thomas Klaus ■

Berufsschüler in Elmshorn lernen im Unterricht von „den guten Seiten – des Nationalsozialismus“

„Gute Seiten des Nationalsozialismus“?

Wenn die Berufsschüler in Elmshorn Geschichte lernen, dann lernen sie, dass „Machtübernahme und NS-Propaganda eine Aufbruchsstimmung erzeugten, wie sie das deutsche Volk noch nicht erlebt hatte“. Sie lernen, dass „die Einführung des Massentourismus“ und „die Belebung der Weltkonjunktur“ zu den „guten Seiten des Nationalsozialismus“ zählten. Denn sie lernen Geschichte aus dem Schulbuch „Frank. Politik heute“, erschienen 1981. Das Buch ist der IG Metall in die Hände gefallen, und sie hat einen empörten Brief ans schleswig-holsteinische Kultusministerium geschrieben. „Wir halten dies nicht nur für eine unkritische und unhistorische Betrachtung, sondern auch dem Bildungsauftrag der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein widersprechend“, schreibt der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Elmshorn, Uwe Zabel an SPD-Ministerin Ute Erdsieck-Rave. Die will die Angelegenheit nun prüfen.

Aus dem Buch, Seiten 176 bis 177: „Als positive Seite des NS-Staates gelten: Autobahnbau, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Kraft-durch-Freude-Reisen und einige andere.“

Und später heißt es: „Als eine der großen Leistungen Hitlers gilt die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Es wäre falsch, diese Leistung zu leugnen. Es ist aber auch unerlässlich, die Umstände vor und nach der Machtübernahme zu sehen.“ Zum innenpolitischen Klima der NS-Zeit: „Die niedergedrückte Stimmung, die seit Jahren auf allen Volksschichten lastete, wich optimistischen Zukunftserwartungen. Initiative und Selbstvertrauen kehrten zurück.“

Schulbuch nicht mehr zugelassen

In der ersten Reaktion hielt sich das Kultusministerium bedeckt und der Leiter der Berufschule Claus Kopf stellte sich vor seinen Lehrer Reiner Mix. Mittlerweile kommt heraus, dass das Schulbuch schon seit Jahren nicht mehr im Unterricht hätte verwendet werden dürfen. Das Werk ist seit 12 Jahren nicht mehr auf der Liste der zugelassenen Bücher. Claus Kopf hat das Buch jetzt aus dem Verkehr gezogen. Der Berufschullehrer Reiner Mix muss sich jetzt gegen den Vorwurf der politischen Einseitigkeit wehren. Mix ist auch durch sein Engagement im Verein deutscher Sprache bekannt. Das Buch war „aus Kostengründen“ noch nicht komplett ersetzt worden, versucht Claus Kopf seinen Kopf zu retten. Offensichtlich will das Ministerium von Disziplinarmaßnahmen absehen.

Es bleibt die Frage, warum nicht schon früher über dieses Buch gestolpert wurde. „Politik heute“ wurde 1981 gedruckt und von den Kultusministerien zahlreicher Länder freigegeben. „Das zeigt, dass es besser wäre, auch zugelassene Lehrmittel regelmäßig zu überprüfen“, erklärte der Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bernd Schauer.

Die VVN/BdA hat jetzt in einem Schreiben an das Pinneberger Tageblatt Disziplinarmaßnahmen gegen den Lehrer und Rektor gefordert. Dieses Buch, so die VVN/BdA „gehört nicht in die Hände junger Menschen, wird doch durch solche historische schlechte Bildung der Neonazismus gefördert.“

rua ■

IG Metall protestiert bei Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave gegen Verherrlichung von Verbrechen des Nationalsozialismus an Elmshorner Berufsschule

ELMSHORN. Die IG Metall Unterelbe hat in einem am 21. Oktober veröffentlichten Brief an die Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein Ute Erdsiek-Rave eine intensive Untersuchung eines „Skandals“ im Unterricht der Elmshorner Berufsschule gefordert. „Wir trauten unseren Augen nicht, als Betriebsräte uns Berichtshefte der Auszubildenden zeigten, dass in der Schule „Die guten Seiten des Nationalsozialismus“ behandelt wurden“ stellte IG Metallbevollmächtigter Uwe Zabel empört fest.

„Dies widerspricht nicht nur dem Bildungsauftrag des Grundgesetzes und der Landesverfassung, sondern ist eine Beschönigung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Mit derartigem unkritischen und unreflektierten Unterricht an der Elmshorner Berufsschule wird in der Mitte der Gesellschaft der Boden für neonationalsozialistische Tendenzen gelegt.“

Die IG Metall wies in ihrem Brief an die Ministerin daraufhin, dass mit derartigem Unterricht allen Opfern des Nationalsozialismus und die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die im Widerstand gegen die Nazis umgebracht wurden, verhöhnt und verunglimpft werden.

Eine Recherche der IG Metall ergab, dass im Unterricht der Elmshorner Berufsschule Unterrichtsmaterialien des Schulbuches „Politik Heute“ von Frank, 2. Aufl. 1981 verwandt wurden unter der Überschrift „wichtige Maßnahmen nationalsozialistischer Innenpolitik - die guten Seiten des Nationalsozialismus“.

„Wir verlangen von der Ministerin dafür zu sorgen, dass dieser Skandal ein Einzelfall bleibt und nicht wieder vorkommt. Wir wollen den Anfängen wehren, da Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen bleibt.“

Der IG Metall Unterelbechef ist empört. „Als praktischen Schritt haben wir zwei Klassensätze des Buches „Gewerkschaftsgeschichte in Elmshorn“ gestiftet, die auch die Selbstbefreiung des Stadt Elmshorn von der nationalsozialistischen Diktatur und den Widerstand der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter beschreibt. Dies kann auch Teil eines Unterrichtes an Berufschulen sein.“

Die IG Metall erwartet eine ausführliche Untersuchung des Ministeriums an der Elmshorner Berufsschule und Information der Öffentlichkeit, um Wiederholungsfälle auszuschließen.

Uwe Zabel, 1. Bevollmächtigter der IG Metal Vst. Unterelbe ■

Naziaufmarsch in Aachen verhindern

AACHEN. Bündnis „Aachen stellt sich quer! Stoppt Naziaufmarsch!“ ruft auf: „Am Mittwoch, den 5. November beginnt der Prozess gegen die zwei Eschweiler Männer, die gestanden haben, zwei Kinder brutal missbraucht und anschließend ermordet zu haben. Das furchtbare Verbrechen hat vor einem Jahr die Bevölkerung aufgewühlt, der Prozess wird dies erneut tun.

Scham für eine Gesellschaft, die solche Mörder in ihrer Mitte hat, Zorn über das Verbrechen, Wut gegen die Täter, Trauer um die Opfer und Mitgefühl für die Angehörigen bewegen viele Menschen, auch uns. Diese Stimmung wollen nun ausgerechnet Neonazis aus der Region nutzen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen.

Die NPD und die Nachfolgeorganisationen der verbotenen FAP, die sogenannten „Freien Kameradschaften“, wol-

len in Aachen aufmarschieren. Angeführt werden sie von dem ex-DVU, jetzt NPD Stadtrat in Stolberg, Willibert Kunkel. Anlässlich der Beisetzung der beiden Kinder haben diese Leute in Eschweiler bereits einen Eklat produziert, der von der Polizei beendet wurde.

Ausgerechnet die Anhänger einer Ideologie des Massenmords, ausgerechnet die Rechtfertiger einer Praxis der Schändung und Ermordung tausender von Kindern in der Nazizeit, ausgerechnet die wollen den Prozess vor dem Aachener Landgericht für ihre trüben Parolen ausnutzen. „Todesstrafe für Kinderschänder“ fordern die, die jedes Jahr ihren Helden, den „Führerstellvertreter“ Rudolf Heß in Wunsiedel feiern, die fast wöchentlich für die Verbrechen der Wehrmacht und deren Vertuschung durch die Straßen marschieren.

... Den Neonazis geht es nicht allein um Nostalgie. Sie haben seit 1990 über 100 Menschen ermordet. Von solchen Leuten müssen wir uns nicht belehren lassen, wie die Gesellschaft und die Justiz mit Kinderschändern und Kindermördern umgehen soll.

Wir fordern, dass dieser Naziaufmarsch verboten wird. Es ist der Aachener Öffentlichkeit und erst Recht den Angehörigen ein solches Nazi-Spektakel nicht zuzumuten. Wir rufen dazu auf, sich den Nazis entgegenzustellen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – auch an Kindern.

Bündnis „Aachen stellt sich quer! Stoppt Naziaufmarsch!“ ■

Aktuelle Informationen gibt es auf den Seiten des Antifaprojektes an den Aachener Hochschulen oder bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisorganisation Aachen, Kontakt: Tel.: +49 (241) 4093710; Fax: +49 (241) 4093740

● Naziaufmarsch in Aachen verhindern, Mittwoch, 5.11.2003, 9.00 Uhr Elsassplatz mit anschließender Demo
● Aus der Geschichte lernen: Für eine Zukunft frei von Nationalismus, Rassismus, Faschismus und Krieg, Mahnwache Sonntag, 9. November 2003, 15.00 Uhr, Synagogenplatz

Terminänderung für Neonazi-Aufmarsch Nürnberg

NÜRNBERG. Der für den 29.11.2003 angekündigte Neonazi-Aufmarsch in Nürnberg ist von den Organisatoren Gerd Ittner aus Zirndorf und Christian Worch aus Hamburg auf den 6. Dezember 2003 verschoben worden.

Als Grund benennt Ittner, dass es ansonsten zu einer Terminüberschneidung mit einem Aufmarsch in Halle/Saale gekommen wäre. Motto in Nürnberg bleibt weiterhin: „Demokratie nützen, heißt Demokratie schützen! Meinungsfreiheit auch für Deutsche! Gegen den Terror der Gutmenschenmafia!“ Die Aufmarschroute soll am Bahnhof beginnen (um 13 Uhr) und durch die Innenstadt vorbei am Christkindlesmarkt zur Nürnberger Burg verlaufen. Für insgesamt sieben Kundgebungsplätze kündigt Gerd Ittner 19 nationale und internationale Redner (!!!) an. Diese wären:

Christian Bärthel (Nationaler Aktivist, Ronneburg/Thüringen), Michael Burkert (Freier Nationaler Widerstand; NSAW, Friedrichroda), Michael Geissler (NPD-Kreisvorsitzender Nürnberger Land), Phillip Hasselbach (Freier Nationaler Widerstand, Essen), Gerd Ittner (Freier Nationaler Widerstand, Nürnberg), Lars Käppler (BDVG, Heilbronn/Hohenlohe), Dipl. Ing. Reinhold Leidenfrost (ehem. Wehrmachts-Jagdflieger, Kapstadt), Ivonne Mädel (Freier Nationaler Widerstand, Meiningen), Sina Reichenbach (Deutsche Bürgerinitiative, Knüll/ Hessen), Axel Reitz (Kampfbund Deutscher Sozialisten, Köln), Dieter Riefling (Freier Nationaler Widerstand, Gau Süd-Hannover/Braunschweig), Ralf Wohlleben (NPD-Kreisvorsitzender Jena), Christian Worch (Freier Nationaler Widerstand, Hamburg), Hartmut Wostupatsch (Freier Nationaler Widerstand, Würzburg) sowie die italienischen und französischen „Kameraden“ Giuliano Bienvenuti (Associatione Culturale Veneto Fronte Skinheads, Triest), Guillaume Fabien (Nuovo Ordino Europaeo, Triest/Paris). Außerdem darf man noch auf einen „Überraschungsgast“ aus Österreich gespannt sein.

Laut Gerd Ittner ist dieser Aufmarsch der Anfang einer „Demo-Lawine“, die im nächsten Jahr über Nürnberg hereinbrechen werde. Fortgesetzt werden soll diese u.a. mit „dem zentralen 1. Mai-Aufmarsch des Freien Nationalen Widerstandes“.

antifaschistisches dokumentations- und informationsprojekt (adip) ■

Brandenburg-Wahl

Zur Wahl in Brandenburg traten gleich mehrere rechte Parteien an: Wie die „Junge Freiheit“ vom 10. Oktober meldete traten für die Schill-Partei 93 Kandidatinnen und Kandidaten, für die DVU 45, für die DSU 59 und für die NPD 16 an. In etlichen Landkreisen traten mehrere dieser Parteien an, oft auch noch in Konkurrenz zu Freien Wählergemeinschaften, zu deren politischer Orientierung sich von außen nichts sagen lässt.

Eins ihrer besten Ergebnisse erzielte die DVU im Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit 4,3 %, die DSU erhielt hier auch noch 3,3 %, in Oberhavel schnitt die NPD mit 2,6 % ab, in einzelnen Gemeinden auch höher – z. B. in Birkenwerder 4 %.

Wie die Junge Welt vom 29. Oktober berichtete, hätte das Ergebnis weit drastischer ausfallen können. Der Verband „Berlin-Brandenburgische Landjugend“ forderte Heranwachsende im Alter von 16 und 17 Jahren auf, per Telefon, SMS, Fax oder in ausgewählten Jugendclubs an die Wahlurne zu treten.

Es sollte gezeigt werden, dass die Brandenburger Jugend nicht politikverdrossen ist und für ein Wahlrecht ab 16 mobilisiert werden. Das Ergebnis bei 350 abgegebenen Stimmen: in Cottbus wählten 15 % NPD, in Prignitz knapp 22 %. Im Landkreis Spreewald-Neiße kürte die Jugend mit 28,7 % die NPD zum Wahlsieger. Insgesamt landete die NPD mit 11,9 % auf Platz vier.

Bei den wirklichen Wahlen erhielt die NPD 14500 Stimmen insgesamt = 0,52 %. Sie erhielt einen Sitz und zwar in Prignitz. Die DVU erhielt 28195 Stimmen = 1,03 Prozent. Sie erhielt 5 Sitze und zwar in Potsdam, Märkisch-Oderland und Potsdam-Mittelmark jeweils 1, in Oberspreewald-Lausitz 2. Die Schill-Partei liegt in absoluten Stimmen knapp vor der DVU 28759 = 1,05 % und erhielt 2 Sitze in Frankfurt/Oder, insgesamt ebenfalls 5. Die DSU hat zwar nur 8723 Stimmen insgesamt, kam aber mit 4 Kandidaten durch, 1 davon in Cottbus.

Nur 46 % gingen zur Wahl, in Cottbus besonders wenige: nur 28,4 %. *u.b.* ■

Le Pen und Auschwitzleugner David Irving treten gemeinsam auf

Wieder einmal hat Jean-Marie Le Pen jüngst bewiesen, dass ihm kein Verbündeter zu schmuddelig ist, sofern es sich nur um Blut-und-Boden-Nationalisten, Rassisten oder Antisemiten handelt.
Dieses Mal unterstrich er es durch einen gemeinsamen Auftritt mit David Irving, dem wegen Auschwitzleugnung einschlägig bekannten britischen Historiker. Diesen darf man, laut einem Urteil der britischen Justiz aus dem Jahr 2000, als „aktiven Negationisten (= Leugner der historischen Realität der Shoah)“, „Antisemiten“ und „Rassisten“ bezeichnen. Am 23. Oktober dieses Jahres präsentierten Le Pen und David Irving sich gemeinsam einem ungarischen Publikum auf dem Heldenplatz in Budapest.

Auch der Ort ihres Auftretens kann nicht als harmlos gelten. Denn Veranstalter der Kundgebung, die des ungarischen Aufstands gegen die sowjetische Vorherrschaft vom Oktober 1956 gedenken sollte, war die ungarische „Partei der Wahrheit und des Lebens“ MIEP. Auch diese (derzeit nicht mehr im ungarischen Parlament vertretene, da bei den Wahlen im April 2002 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte) politische Formation, die seit Anfang der Neunziger Jahre durch den berüchtigten Schriftsteller Istvan Csurka geleitet wird, hat u.a. durch ihren brachialen Antisemitismus von sich reden gemacht. Jean-Marie Le Pen war bereits im Oktober 1996 in Budapest bei der MIEP aufgetreten, damals zu einer Großkundgebung aus Anlass des 40. Jahrestags der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands.

Dieses Mal fiel die Kundgebung nicht ganz so mächtig aus. Der französische Front National (dessen Angaben oft großspurig ausfallen) bezifferte die Teilnehmerzahl mit 70.000 (gegenüber 100.000 vor nunmehr sieben Jahren). Ein Korrespondentenbericht für „Le Monde“ sprach dagegen nur von „ein paar tausend Teilnehmern“.

In seiner Kundgebungsrede spielte David Irving ziemlich direkt auf angebliche jüdische Interessen an, die denjenigen der europäischen Nationen entgegen stünden oder sie gar bevormundeten. So führte er wörtlich aus, die französische und britische Regierung hätten im Herbst 1956 „Verrat“ an der antisowjetischen Erhebung in Ungarn begangen (die westlichen Mächte mischten sich damals nicht offensiv ein, da sie ansonsten den Ausbruch eines Dritten Weltkriegs befürchteten), „während sie gleichzeitig die Interessen Israels in der Suezkanal-Affäre verteidigten“. Die antisemitisch aufgeladene Interpretation entsteht durch die Art der Gegenüberstellung (Nichteingreifen hier, militärisches Eingreifen dort) und des Herausstreichens der vermeintlich damit verbundenen Interessen. Tatsächlich verfolgten Frankreich und Großbritannien, die im Oktober 1956 in Ägypten militärisch intervenierten – und in der Folge im UN-Sicherheitsrat durch die beiden Vetomächte USA und UdSSR zusammen ausgebremst wurden – selbstverständlich eigene Interessen. Frankreich etwa ging es um die Verteidigung seiner kolonialen Präsenz in Algerien, wo im November 1954 der Aufstand begonnen hatte, den Paris auf das „subversive“ Wirken des nasseristischen Ägypten zurückführte. London agierte aufgrund der Nationalisierung des Suezkanals durch Präsident Nasser, wodurch britische Kolonialinteressen im Mittleren Osten sowie britische Besitztitel in der Kanalgesellschaft beeinträchtigt wurden.

Dass Israel aus eigenen Interessen heraus die damalige französisch-britische Aktion unterstützte und aktiv an ihr teilnahm (um ein Zentrum des erwachenden arabischen Nationalismus zu schwächen), ändert daran wenig: Die französischen und britischen Militärs handelten keineswegs unter dem Einfluss israelischer und / oder „jüdischer“ Interessen. Die Ironie der Geschichte besteht übrigens darin, dass Le Pen selbst an der Suez-Intervention 1956 teilgenommen hat – als freiwillig dienender Unteroffizier der französischen Armee.

Jean-Marie Le Pen verlieh bei der Kundgebung seiner Hoffnung Ausdruck, dass künftig (nach der EU-Osterweiterung) Parteien wie die ungarische MIEP auch im Europaparlament vertreten seien. Der Front National werde mit diesen künftigen Abgeordneten „im Rahmen der Fraktion der Europäischen Rechten zusammen arbeiten, an der Restauration der Souveränität der europäischen Nationen“.

Bernhard Schmid, Paris ■

Rechtspflege?

In AN 21-03 berichteten wir über die Verurteilung der Antifaschisten Christiaan Boissevain und Martin Löwenberg durch ein Münchner Amtsgericht. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft gegen das Löwenberg-Urteil Berufung eingelegt, weil das Gericht das von ihr beantragte Strafmaß reduziert hatte. In einem weiteren Verfahren wurde nun auch Siegfried Benker, grüner Stadtrat, verurteilt, zu der niedrigstmöglichen Strafe einer Ermahnung, verbunden mit der Androhung von 5 Tagessätzen (150 Euro) im Fall der Wiederholung binnen eines Jahres. Zu Beginn des Verfahrens hatte der Amtsrichter eine Einstellung angeregt. Darauf ließ sich die Staatsanwaltschaft nicht ein, insbesondere weil in ähnlich gelagerten Fällen bereits eine Verurteilung erreicht worden sei. Weitere Verfahren wegen antifaschistischer Aktivitäten stehen in den kommenden Wochen an und mit weiteren Verurteilungen wird gerechnet.

Aus dem Verhalten der Staatsanwaltschaft lässt sich klar auf die Absicht der Staatsregierung schließen. Es wird nicht rechtlich argumentiert, sondern bloß machtbewusst. Den Behörden und nur ihnen stehe es zu, Versammlungen zu verbieten. Was nicht verboten sei, müsse ungestört bleiben. Die bisherigen Äußerungen der Gerichte wollen demgegenüber Öffentlichkeit nicht ganz ausschließen, sagen aber klar, dass sie zu weit geht, wenn sie Demonstrationswege blockiert.

Weil dort, wo die Faschisten herumziehen, ein rechtsfreier, gefährlicher Raum ist, entsteht eine Tendenz der Öffentlichkeit, jenen Raum klein zu halten. Wird dadurch eine Demonstration gestört? Nein, dadurch wird nur das kleingehalten, was die Faschistenbanden dort, wo sie es sich leisten können als „ausländerfreie Zone“ oder „befreites Gebiet“ bezeichnen, oft als Zusatz an Straßen- und Ortstafeln.

Die Staatsregierung möchte wohl mehr als bisher zulassen, die Gerichte, die ein langes Gedächtnis haben, stellen sich unlustig an. Sagte da nicht der von der 2/3-

Staats-Partei hochverehrte Franz Josef Strauß laut „Spiegel“ am 16.3.1970 in Bad Reichenhall:

„Man muss sich der nationalen Kräfte bedienen,
auch wenn sie noch so reaktionär sind. So hat es auch de Gaulle gemacht. Hinterher ist es immer möglich, sie elegant abzuservieren. Denn mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein.“ Gab es da nicht die Probleme der Steuerung der NPD durch V-Leute? Spräche nicht manches dafür, die Behörden zum Gebrauch jener Gesetze anzuhalten, die faschistische Umtriebe einengen? →

Wenn die Angeklagten in diesen Verfahren durchwegs darauf bestehen, in ihren Aktivitäten auch im Falle einer Verurteilung fortfahren zu wollen, wird dadurch nicht etwa ihr gestörtes Verhältnis zu einer rechtlich geordneten Gesellschaft offenbar.

Es geht gegen die Zulassung von Unrecht durch die Behörden aus Staatsräson. Es ist die Öffentlichkeit, die hier etwas klar stellen muss und es sind die Gerichte, die der Exekutive hierin eine Grenze ziehen können. Rechtspflege heißt doch wohl das Recht der Gesellschaft pflegen und nicht etwa die gesellschaftliche Rechte. *maf (gekürzt)* ■

Prozesserklärung Siegfried Benker, 16.10.2003

Verfolgungseifer:

In ca. drei Wochen wird unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen die Grundsteinlegung für das jüdische Zentrum, die Synagoge sowie das jüdische Museum auf dem Jakobsplatz stattfinden. Gut sechs Wochen ist es jetzt her, dass bekannt wurde, dass Neo-Nazis einen Bombenanschlag anlässlich der Grundsteinlegung am 9. November planten und auch tatsächlich vorbereiteten.

Martin Wiese, einer der Anmelder der Demonstrationen vom 12.10. und 30.11. 2002, hat eine terroristische Vereinigung gegründet und Bombenmaterial besorgt. Schon vor einem Jahr hat es München zur Ehre gereicht, dass 3000 Menschen einen Aufmarsch verhindert und einen behindert haben. Der Schritt der Neo-Nazis zur terroristischen Vereinigung zeigt, wie wichtig es ist, diesen Menschen die Stirn zu bieten. Stellen Sie sich vor, München hätte vor einem Jahr die Rechtsextremisten, die jetzt Bomben gegen jüdische Einrichtungen legen wollten, sang- und klanglos marschieren lassen. Die Peinlichkeit, dass rechtsextreme Terroristen ihre Propaganda in München ungehindert verbreiten hätten dürfen, würde erst jetzt in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit zu Tage treten.

Doch trotz der offensichtlichen Gefahrenpotentiale durch Rechtsextremisten erscheinen Bürger aus München, die diesen Neo-Nazi-Spuk nicht dulden wollten als so gefährlich, dass sie vor Gericht gezerrt und abgeurteilt werden müssen.

Seit 20 Jahren gegen rechts:

Lassen Sie mich einige persönliche und politische Dinge sagen. Ich bin in der Kommunalpolitik in München aktiv seit 1984. Zuerst Mitarbeiter der Grünen Stadtratsfraktion, dann fünf Jahre Referent der Grünen Bürgermeisterin und seit 1995 Stadtrat und Fraktionsvorsitzender der Grünen – rosa Liste im Rathaus. In dieser Funktion bin ich Mitglied u. a. im Beirat zur Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums sowie des Beirates zur Errichtung des Jüdischen Museums auf dem Jakobsplatz.

Ich beschäftige mich – neben anderen Themen – seit über zwanzig Jahren mit rechtsextremistischen Gruppen, Personen, Aktivitäten in München und Umgebung und arbeite hier mit einem gut funktionierenden Netzwerk an antifaschistischen und bürgerlichen Gruppen zusammen um die Aktivitäten der Rechtsextremisten zu beobachten, einzuschätzen und natürlich um den Rechtsextremismus zu bekämpfen.

Rechtsextremismus in München hat Geschichte und Tradition:

DGB-Haus München Oktober 2002

Rechtsextremismus ist ja kein Phänomen, das in den letzten Jahren erst entstanden ist. Einige Schlaglichter sollen das verdeutlichen. An den Bombenanschlag vom 26.9.1980 auf das Oktoberfest, den der angebliche Einzeltäter Gundolf Köhler verübte, der 13 Menschen das Leben kostete und über 200 Verletzte forderte, erinnern wir uns sicher noch alle. 1983 – zum sechzigsten Jahrestag des Marsches auf die Feldherrnhalle, wollte Michael Kühnen als selbsternannter Führer den Marsch auf die Feldherrnhalle wiederholen; vom so genannten AVÖ-Laden in der Herzog-Heinrich-Straße 30 aus hat Althans die Neo-Nazistische Szene zu organisieren versucht. Die DVU hat nach wie vor ihre Bundesgeschäftsstelle in der Paosostraße 2 in Pasing, von wo aus die bundesweit auflagenstärksten rechtsextremen Zeitungen, wie z. B. die „National-Zeitung“, vertrieben werden. Die Danubia, die im Januar 2001 den Haupttäter des Überfalls auf den Griechen Artemios in der Zenettistraße versteckt hat, residiert seit 1957 in ihrem Palais in der Möhlstraße 21. München und Umland hat sich in den letzten Jahren zur Skinheadhochburg in Südbayern entwickelt. Die im Verfassungsschutz genannte Zahl der Skinheads stieg von ca. 300 Ende der 90iger Jahre auf derzeit ca. 500.

Rechter Terror von neuer Qualität:

Und von einer neuen Qualität der Gewaltbereitschaft sind Kameradschaften wie die „Kameradschaft Süd“ um Martin Wiese. Das Entscheidende neben der offensichtlichen Bereitschaft auch terroristische Anschläge zu verüben ist aber, die organisierte und vernetzte Herangehensweise bei der Vorbereitung. Es handelt sich ja offensichtlich nicht um so gerne bemühte Einzeltäter.

Vielmehr handelt es sich um eine gut vernetzte und organisierte und nebenbei bemerkt auch finanziell offensichtlich gut ausgestattete Gruppierung. Die Gruppe kann 1,7 Kilo TNT nach München schaffen, 14 Kilo weiteren Sprengstoff, weitere Waffen. Sie kann bekannte Persönlichkeiten observieren. Sie kann einen Anschlagplan zumindest beginnen auszuarbeiten, sie ist in der Lage, die Kontenbewegungen – und damit die an diesen Kontenbewegungen beteiligten Personen – von linken, liberalen und fortschrittlichen Gruppen auszuspähen. Und wie gesagt, sie hat Geldgeber im Hintergrund, die all dies auch bezahlen. Sie ist vernetzt mit allen notwendigen Gruppen in den neuen Bundesländern und in Norddeutschland und wahrscheinlich auch im Ausland. Und sie steht in mehr oder weniger lockerem Kontakt mit so gut wie allen anderen rechtsextremen Gruppen und Parteien, derzeit vernetzt über das relativ neue rechtsextreme Netzwerk „Demokratie Direkt“.

Die Mitglieder der Kameradschaften sind der Ansicht, dass die rechtsextremen Parteien nicht rechts genug sind und haben begonnen sich in kleinen Zellen zu organisieren. In diesen abgeschotteten Einheiten begann die Vorbereitung eines terroristischen Aktes. Wir wollen ja alle hoffen, dass die Kameradschaft Süd die einzige Gruppe dieser Art war, aber glauben kann das keiner, der sich mit den Entwicklungen der rechtsextremen Bewegung in Deutschland beschäftigt. Ich will die Gefahr durch Rechtsextremisten nicht größer machen als sie ist. Ich will auch keine Vergleiche anstellen mit der Endphase der Weimarer Republik – aber es bedarf der beständigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus um zu

verhindern, dass er Fuß fasst, Anhänger findet – und was noch schlimmer ist – seine Inhalte Eingang in die Mitte der Gesellschaft finden.

Rechtsextremisten brauchen München als Aufmarschplatz:

München ist für die Rechtsextremen von immens hohem symbolischen Wert. München war die „Hauptstadt der Bewegung". Hier war der Hitlerputsch, hier wurde die NSDAP groß, hier war mit den Anlagen am Königsplatz und der Feldherrnhalle ihr zentraler Kultort, hier war bis zum Ende des II. Weltkriegs die Reichszentrale der NSDAP, am Königsplatz hatten Hitler und sein Stellvertreter ihren Sitz in Süddeutschland. Für die Neo-Nazis ist es von besonderer Bedeutung, in München zu marschieren.

Demonstrationen in München sind für Rechtsextremisten eine Möglichkeit, sich in die Tradition der NSDAP zu stellen: Allein die Regie für den geplanten Bombenanschlag auf die Grundsteinlegung am Jakobsplatz am 9. November 2003 verdeutlicht dies. Ein Bombenanschlag auf den Tag genau 80 Jahre nach dem Hitlerputsch und exakt 65 Jahre nach der Ausrufung der Reichspogromnacht aus dem Saal des Alten Rathaus´ durch Josef Goebbels zeigt die Traditionsschiene der Neo-Nazis. Es wäre ihnen gelungen, an einem 9. November wieder in München wieder gegen jüdische Einrichtungen loszuschlagen.

Die ausführliche Herleitung ist notwendig um zu verdeutlichen, warum Neo-Nazi-Aufmärsche in dieser Stadt nicht geduldet werden dürfen.

Neo-Nazi-Aufmärsche in München sind für Rechtsextremisten ein notwendiger Bestandteil ihres Selbstverständnisses, sie sind notwendig für die Selbstvergewisserung der Rechtsextremen Szene, egal ob sie legal oder illegal agiert – und sie sind notwendig, um neue Anhänger zu interessieren und zu rekrutieren. Neo-Nazis ist nicht wichtig, eine Fahne mehr oder weniger zu zeigen, Neo-Nazis ist es wichtig in der Öffentlichkeit zu marschieren. Der durchgesetzte Marsch ist das entscheidende Ziel. Deswegen greift ein Ansatz, der lediglich einzelne Symbole oder Parolen beanstandet – so wichtig dies sein mag – viel zu kurz: Am Ziel der ideologischen Stärkung durch einen Marsch ändern einzelne Gegenmaßnahmen nichts.

1. 3. 1997 – ein gesamtstädtischer Konsens entsteht:

In den letzten sechs Jahren hat sich in München ein gesamtstädtischer Konsens entwickelt, den ich kurz beschreiben möchte.

Im Frühjahr 1997 wurde in der Ausstellungshalle im Rathaus die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" des Hamburger Instituts für Sozialforschung gezeigt. Für den 1.3.1997 mobilisierte die rechtsextremistische Szene zu einer Gegendemonstration unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher" nach München. Es wurde mit 4.500 Neo-Nazis der bis dahin und bis heute größte Aufmarsch von Rechtsextremisten in der Bundesrepublik. Mein Freund Martin Löwenberg, den das Amtsgericht vor drei Wochen wegen Aufforderung zu Straftaten in der selben Sache verurteilt hat, und ich, waren damals die Anmelder einer Gegendemonstration, zu der mehr als 6000 Menschen kamen – und von denen viele später entschieden haben, sich den Neo-Nazis in den Weg zu stellen und sie nicht bis zum Marienplatz kommen zu lassen. Trotz dieser Niederlage, die ihnen die MünchnerInnen beigebracht haben, feiern die Neo-Nazis bis heute den Triumph, in München marschiert zu sein. Verfassungsschutz- und Polizeiberichte in späteren Jahren haben herausgearbeitet, dass das Stattfinden dieser Demonstration eine wichtige Rekrutierungsaktion für die Neo-Nazis war, die viele Jahre weitergewirkt – und weitergestrahlt hat in der rechtsextreme Szene.

Neo-Nazi-Aufmärsche zu verhindern trifft die rechtsextreme Szene an einer empfindlichen Stelle. Das nimmt ihnen die öffentliche Rektrutierungsmöglichkeit, und die anscheinend gesellschaftliche Akzeptanz einer legalen Aktion. Nach der Demonstration am 1.3.1997 entstand ein gesamtstädtischer Konsens, bzw. ein gesamtstädtisches Bewusstsein dahingehend, dass es möglich, richtig und notwendig ist, Neo-Nazi Aufmärsche zu verhindern. Dieser Konsens reichte von der offiziellen Politik – sogar parteiübergreifend – in die Bezirksausschüsse, in die Gewerkschaften und Kirchen, in die Friedensgruppen usw. Die MünchnerInnen wurden von vielen Politikern dafür gelobt, dass sie Zivilcourage gezeigt haben.

Der Konsens hält: Wie sehr dieser Konsens trug, konnte man sehen, als die Neo-Nazis im November 2000 versuchten eine Kundgebung mit Demonstration, ausgehend vom Maria-Hilf-Platz, anzumelden. Den Rechtsextremisten wurden von jeder Ebene Schwierigkeiten in den Weg gelegt, Basisgruppen entstanden. Stadtteilinitiativen bereiteten lokale Proteste vor etc. Ein Sternmarsch von verschiedenen Organisationen und Personen – u. a. von mir – wurde angemeldet. Entnervt haben die Neonazis aufgegeben und schließlich ihre Kundgebung abgesagt.

Dieser Konsens – und der Lernprozess seit dem 1. 3. 1997 – in der Münchner Zivilgesellschaft war auch vorhanden vor den Neo-Nazi-Demonstrationen am 12. 10 und 30.11.2002. Die zweite Wehrmachtsausstellung, diesmal im Stadtmuseum, wurde von der rechtsextremen Szene zum Anlass genommen, wieder eine bundesweite Demonstration anzumelden. Der Oberbürgermeister machte in der Presse klar: „Sich in den Weg stellen – eine gute Sache"; die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, Frau Knobloch fand deutliche Worte, die Gewerkschaften forderten, einen Marsch vor dem Gewerkschaftshaus zu verhindern. Der Stadtrat forderte einstimmig: „Nein zu Neo-Nazi-Aufmärschen in München, Aufruf zu demokratischem Engagement... Neonazistische Aufmärsche sind in München nicht erwünscht! In München ist kein Platz für neo-nazistische Aufmärsche! ... Der Stadtrat fordert die Münchnerinnen und Münchner auf, am kommenden Samstag deutlich zu machen, dass nationalistische, rassistische und antisemitische Parolen in München keinen Widerhall finden und dass in dieser Stadt kein Platz für neonazistische Aktivitäten ist. Stehen Sie auf für eine demokratische Stadtgesellschaft und beteiligen Sie sich an demokratischen Protesten. (9. 10. 2002)

Mehr als 3000 Menschen sind diesem und anderen Aufrufen am 12. 10. gefolgt, ca. 1000 Menschen am 30. 11. 2002. Am 12. 10. 2002 waren erfreulicherweise genügend Menschen auf der Straße, um den Neo-Nazi-Aufmarsch zu stoppen, am 30. 11. setzte die Polizei den Aufmarsch mit einer weiträumigen Absperrung durch.

Kriminalisierung einzelner um den Konsens zu zerstören:

Jetzt hat die Polizei einige Menschen herausgegriffen, um diesen gesellschaftlichen Konsens in München zu zerstören. Ich sitze auf der Anklagebank, aber getroffen werden sollen alle, die auf der Straße standen als die Neo-Nazis marschieren wollten.

Die Verurteilung und Kriminalisierung einzelner soll dazu führen, dass die MünchnerInnen sich Neo-Nazi-Aufmärschen nicht mehr in den Weg stellen und diese als normal akzeptieren. Ich stehe dazu, ich werde Neo-Nazi-Aufmärsche niemals als normale Meinungsäußerung akzeptieren. Ich bekenne mich dazu, dass ich auch weiterhin daran arbeiten werde, dass es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gibt, gegen Neo-Nazi-Aufmärsche aufzustehen.

Es ist meiner Ansicht nach Aufgabe eines Stadtrates, der die Geschichte dieser Stadt ernst nimmt, der seine eigenen Beschlüsse ernst nimmt und der sich mit der Gefährlichkeit des neo-nazistischen Netzwerkes beschäftigt, die Menschen nicht nur abstrakt aufzufordern zu protestieren, sondern dafür zu sorgen, dass es auch weiterhin diesen Konsens gibt: Neo-Nazi-Aufmärsche nicht zu dulden. Als Teil dieses Konsens und in Umsetzung des oben zitierten Stadtratsbeschlusses habe ich die MünchnerInnen aufgefordert, sich den Neo-Nazis friedlich in den Weg zu stellen.

Wenn ich deshalb verurteilt werde, dann wurde in dieser Stadt aus der Geschichte nichts gelernt. ■

Regierungspräsident Roters:

„Edelweißpiraten sind Widerstandskämpfer“

Gute Nachrichten sind ja eher selten in unserem Heft, aber dies ist mal eine: Fast 60 Jahre nach der Hinrichtung von Mitgliedern der Gruppe Edelweißpiraten am 10. November 1944 in Köln-Ehrenfeld empfing Regierungspräsident Roters die letzten noch lebenden ehemaligen Mitglieder dieser Gruppe in Köln, Gertrud Koch, Fritz Theilen und Jean Jülich. Die gerade erschienenen Erinnerungen von Jean Jülich (siehe AN 22-03) und das Aufgreifen des Themas durch die Kölner Boulevard-Zeitung Express haben dazu geführt, dass endlich von politischer Ebene aus klargestellt wird: Das, was die Edelweißpiraten taten, war politischer Widerstand gegen das Naziregime.

Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten in den 70er Jahren war zu der Auffassung gelangt, der Widerstand der jugendlichen Edelweißpiraten habe auf keiner hohen ethisch-moralischen Grundlage basiert und sei damit nicht bewusst politisch gewesen. Um zu dieser Auffassung zu gelangen hatten sich die Verfasser im Wesentlichen gestützt auf die Aussagen ehemaliger Gestapo-Leute und deren Akten. Für Roters ein Zeichen dafür, dass die Gruppe genau anders eingeschätzt werden muss: „Für Kriminelle war die Polizei zuständig, die Gestapo aber für Staatsfeinde. Also waren die Edelweißpiraten, aber auch die „Ehrenfelder Gruppe“ Staatsfeinde. Das ist die politische Dimension, die ihnen bisher verweigert wurde. Ich möchte die am 10. November 1944 in Ehrenfeld von der Gestapo Hingerichteten endlich amtlich anerkennen. Ob es noch Entschädigungsfälle gibt, kann ich nicht sagen. ... Ich werde eine Arbeitsgruppe gründen in meiner Behörde, die die Fälle, in denen damals eine Entschädigung abgelehnt wurde, nochmal durchleuchten soll.“[1]

von links nach rechts: Reg.präs. Roters, Gertrud Koch, Fritz Theilen, Jean Jülich

Viele Kölnerinnen und Kölner haben das ungeachtet der staatlichen Feststellungen schon immer so gesehen. Seit 1972 hängt am Ort der Hinrichtung eine Mahntafel, 1986 wurde sie erneuert und die Straße wurde in Bartholomäus-Schick-Straße umbenannt. Jedes Jahr organisierte die VVN-BdA am Jahrestag der Hinrichtung der Ehrenfelder Edelweißpiraten eine kleine Gedenkfeier an der Mahntafel. Kölner Musiker wie „Bläck Fööss“ und Rolly Brings schrieben Lieder zum Thema, die auf antirassistischen Kundgebungen in Köln immer wieder zu hören sind.

Selten war eine Buchvorstellung so gut besucht: am 30.10. kamen 1000 Menschen in die Stadthalle Köln-Mülheim und erlebten einen besonderen Abend. Jean Jülich las zwei Kapitel aus seinem Buch: von Wochenendtouren ins Siebengebirge, von Streichen gegen lokale Nazigrößen, von seiner Verhaftung, den Verhören im EL-DE-Haus und den Misshandlungen im Gefängnis Brauweiler, von der Ehrung in Israel als einer der „Gerechten der Völker“ und den Auseinandersetzungen mit der Wiedergutmachungsbehörde in den 70ern. Viele persönliche Freunde gestalteten den Abend mit: die Bläck Föös, Rolly Brings und Brings, der Filmemacher Niko von Glasow-Brücher, dessen Film „Edelweißpiraten“ – in Petersburg und Köln gedreht – im nächsten Jahr in die Kinos kommt und von dem ein kurzer Zusammenschnitt zu sehen war. Prof. Dr. Gerd Uhlenbruch, ein Mediziner mit rhetorischem Talent und viel Humor, empfahl die Lektüre des Buches Kardinal Joachim Meisner: „Da erhält er einen Einblick in die ihm nur schwer verständliche kölsche Seele“. Das Besondere, was ihn besonders berührt habe und was das Buch auch so aktuell mache, wäre die große Freiheitsliebe, die darin zum Ausdruck kommt. Die Liebe zur Freiheit habe diese Jugendlichen damals dazu gebracht, das Hitlerregime, rassisische Diskriminierung, militärischen Drill und Krieg gegen andere Völker abzulehnen. Diese Haltung präge Jean Jülich, Fritz Theilen und andere noch lebende Edelweißpiraten bis heute.

Ob der Vorschlag von Liedermacher Rolly Brings, Jean Jülich, Fritz Theilen und Gertrud Koch zu EhrenbürgerInnen der Stadt zu ernennen, bei der Stadtspitze auf Gegenliebe stößt, bleibt abzuwarten. Antifaschistische Gedenkveranstaltungen und antirassistisches Engagement gehören nicht gerade zu ihren Lieblingsthemen. *u.b.* ■

1 Kölner Express, 30.10.2003, S. 25

Lichterzug mit anschließender Kundgebung anlässlich der Wiederanbringung der Mahn- und Gedenktafel der Ehrenfelder Edelweißpiraten

Sonntag, 9. November 2003

Treffpunkt Körnerstraße in Ehrenfeld, an der ehemaligen Synagoge, ab 17.30 Uhr.

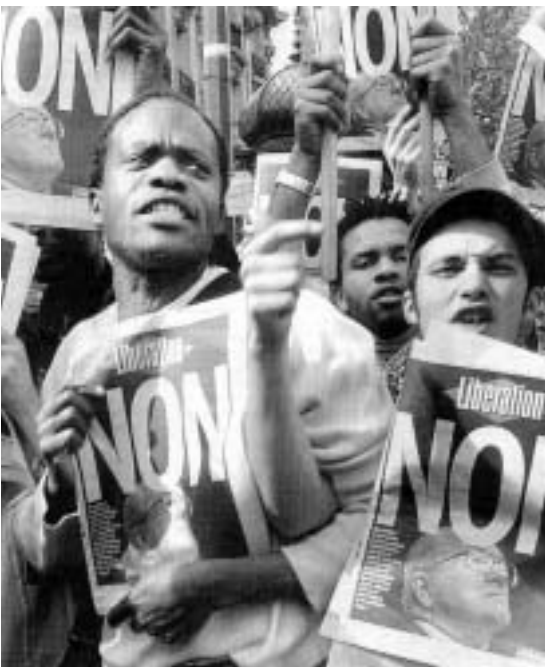
Ab 18.30 Uhr wird die Mahntafel an der Bartholomäus-Schink-Straße/ Ecke Schönsteinstraße in Anwesenheit des Schirmherrn, Regierungspräsident Jürgen Roters, enthüllt. Anschließend Kulturprogramm mit den Bläck Fööss, Brings, Rolly Brings sowie der Hip-Hop-Gruppe der Kölner Polizei.

Kopftuchstreit
REPs unterstützen Koch

FRANKFURT. Die REP-Fraktion im Römer hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Kopftuchstreit zum Anlass für einen Antrag an das Kommunalparlament genommen, es möge den Landtag auffordern, „unverzüglich die Voraussetzungen für ein Kopftuchverbot an Hessens öffentlichen Schulen, Universitäten und Behörden zu schaffen“. Die Landesregierung hatte bekanntlich eine entsprechende Gesetzesinitiative bereits angekündigt. Die rechten und rechtsradikalen Verbotsbetreiber versuchen das Thema der Debatte, in der es um Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Toleranz gehen sollte, zu verschieben in Richtung Vereinbarkeit von muslimischer und christlicher Kultur. So ist in dem REP-Antrag u. a. die Rede von notwendiger „Abwehr der islamistischen Unterwanderung der Lehrerschaft an Schulen und Universitäten“ und vom „Kopftuchverbot“ als „ein Akt der Selbsterhaltung unseres freiheitlich demokratischen Staates“.

ola ■

Der Front National vor den Wahlen des Jahres 2004



1. Die extreme Rechte setzt wieder auf die sozialdemagogische Karte

Allem Anschein nach plant der Front National, dessen Führungsgremien die Wahlkampfstrategie für die Regionalparlamentswahlen im März 2004 definitiv am 7. Dezember dieses Jahres beschließen werden, seinen Wahlkampf stark auf soziale Fragen auszurichten. Auf diesem Wege soll dem „Sarkozy-Effekt“ gegengesteuert werden, d.h. der Anziehungskraft des Innenministers und „Sicherheits“-Hardliners Nicolas Sarkozy auf die FN-Wählerschaft. Die Pariser Abendzeitung „Le Monde“ fand das Thema immerhin wichtig genug, um ihm am 4. Oktober 03 einen ganzseitigen Bericht zu widmen, unter dem Titel: „Die ‚soziale Unsicherheit‘, neues Wahlkampfgebiet des FN“.

Demnach soll der Programmdiskurs dazu vor allem beim derzeitigen Generalbeauftragten (délégué général) des FN formuliert werden, Carl Lang, der als Spitzenkandidat in der Region Nord / Pas-de-Calais antritt. Gerade in Pas-de-Calais, als altem Kohle- und Stahlrevier und indutrieller Krisenregion, hatte der FN bereits in den frühen Neunziger Jahren den Einbruch in eine desorientierte frühere Linkswählerschaft versucht. Zwischenzeitlich, vor allem nach der Parteispaltung 1998/99, war die soziale Thematik seitens des FN weitgehend unbesetzt geblieben. Nun soll es laut Carl Lang darum gehen, wieder offensiv „das Unglück der französischen Arbeiter mit der Geißel der ungezügelten Einwanderung“ in Verbindung zu bringen.

In den Mittelpunkt soll dabei der Begriff der „sozialen Unsicherheit“ (insécurité sociale) gestellt werden. Damit beweist die rechtsextreme Partei einmal mehr ihre Geschicklichkeit im Entwenden von Begriffen aus anderem Zusammenhang, die in den FN-Diskurs eingebaut und deren Sinngehalt dabei völlig umgedreht wird. Zu Anfang des Jahres 2002, im Vorfeld der Präsidentschaftswahl, hatten die großen Parteien (allen voran Amtsinhaber Jacques Chirac) einen Wahlkampf geführt, der weitgehend im Zeichen der „Inneren Sicherheit“ stand. Kritiker monierten das Schüren diffuser Ängste, das dazu diene, den Ruf nach dem starken Staat und nach Repression zu entfachen. Ein Teil der Linken und der sozialen Bewegungen anwortete darauf, indem man betonte, man solle doch vielmehr von der „sozialen Unsicherheit“ reden, die nicht mit verstärkten polizeilichen Mitteln zu bekämpfen sei.

Der Front National dreht jetzt die Stoßrichtung einfach um – und zeigt sich bemüht darum, den Begriff in einen Diskus einzubauen, der das genaue Gegenteil beabsichtigt, nämlich das Schüren sehr diffuser Ängste, in denen sich diverse Bedrohungsgefühle miteinander vermengen sollen: Sehr real begründete soziale Ängste, eine diffuse Wahrnehmung der „Globalisierung“ als bedrohliche Kulisse (aus der sich die sozialen Probleme angeblich ableiten lassen), „Überflutungs“- und Invasionsfantasien im Hinblick auf die Einwanderung, die natürlich weiterhin ebenfalls als Ursache für die soziale Regression dargestellt wird. Der bisherige Diskurs soll dadurch nicht ersetzt und ausgetauscht werden (wie die linken und antifaschistischen Kritiker des „Sicherheits“-Programms dies beabsichtigten), sondern lediglich eine Ergänzung erfahren, die ihn umso umfassender erscheinen lässt. Das Ganze passt nämlich scheinbar logisch zusammen, indem man durch die Benennung als „soziale Unsicherheit“ dieselbe lediglich als einen Aspekt eines umfassenden, globalen Phänomens namens „Unsicherheit“ erscheinen lässt. Ein Bedrohungsszenario, das sich angeblich aus der Öffnung der nationalen Grenzen ableiten lässt, das aus dem Bild der Entfesselung einer nicht völlig grundlos als zerstörerisch ausgemalten (doch nicht materialistisch analysierten und daher unverstandenen, teilweise fantastische Züge annehmenden) „Globalisierung“ heraus erklärbar werden soll. Altbekannte und neue Verschwörungstheorien schwingen dabei ebenso mit wie rassistische Abgrenzungssuche.

Auch bürgerliche Politiker erkennen diesen Wandel in der Wahrnehmung in einem Teil des Publikums an, so ein (nicht namentlich genanntes) Führungsmitglied der konservativen Regierungspartei UMP gegenüber „Libération“ (13. Oktober): „Wir sind von einem Gefühl der physischen Unsicherheit zu einem noch mächtigeren Gefühl übergegangen, jenem der wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit. Und demgegenüber sind wir völlig machtlos.“ Vor allem, so wäre man versucht hinzuzufügen, wenn man durch die Handlungen der eigenen Regierung tagtäglich daran arbeitet, die reale, materielle Unsicherheit auf sozialem Gebiet noch zu verstärken.

Es ist nicht das erste Mal in der jüngeren Geschichte, dass der FN von der Linken kommende Schlagworte aufgreift und ihren Bedeutungsgehalt dabei völlig umdreht. Ein anderes Beispiel: Die KP propagierte in den 80er Jahren noch die – zu einfache – Parole „Produisons français“ (Produzieren wir französisch). Das war gegen den Niedergang etwa der französischen Stahlindustrie und gegen zunehmende Produktionsauslagerungen in Billiglohnländer gerichtet, aber in rein protektionistischer und nicht kapitalismuskritischer und vorwärts weisender Form; beschuldigt wurden regelmäßig „amerikanische Trusts“ sowie die EG, am Niedergang der nationalen Industrie schuld zu sein. Heute, in der Vorbereitung der Regionalparlamentswahlen vom März 2004, verbreitet der rechtsextreme Front National in der Region Nord-Pas de Calais den – abgewandelten – Slogan „Produisons français, en France avec des français“. Also: Produzieren wir französisch, (aber) in Frankreich und mit französischen Arbeitern. Die Abwandlung verleiht dem Slogan eine Wendung, die er früher nicht hatte, nämlich eine rassistischen Stoßrichtung gegen die Beschäftigung von Immigranten. Die Vorlage wurde missbraucht. Aber ihre inhaltliche Unzulänglichkeit hatte, in dem Fall zumindest, den Missbrauch ermöglicht.

2. Bringt der programmatische Schwenk neue Wähler(innen) ?

Ob der Front National wirklich damit sein bisheriges Publikum ausdehnen kann, ist allerdings fraglich. Denn seine Wählerschaft achtet nicht wirklich auf das geschriebene Programm, sondern ist vor allem durch dasjenige Bild vom Front National angezogen, das sie selbst sich ausmalt. Und das ist tatsächlich vor allem das ungeschminkte Bild einer Anti-Immigranten-Partei. Alles andere ist nur schmückendes Beiwerk – manche der Wähler würden es vermutlich ungeschminkter ausdrücken als die Parteikader, jedenfalls in der Öffentlichkeit. Der Hintergrund ist, dass „10 bis 15 Prozent der französischen Bevölkerung die gesellschaftlichen Probleme nur noch (vor allem) durch den Wahrnehmungsfilter ‚Einwanderungsproblematik‘ hindurch aufnehmen“, wie ein Forscher des Cevipof (Zzentrum zur Untersuchung des französischen politischen Lebens) es nach der vorletzten Präsidentschaftswahl vom April 1995 ausdrückte. Dieser Anteil ist beeinflussbar. Er dürfte etwa in der Arbeiterschaft zurück gegangen sein, nachdem die Gewerkschaften 1996/97 einen Kurswechsel vollzogen und sich mit den „illegalen“ Einwanderern als besonders ausgebeuteten (da in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigten) Kollegen solidarisierten und dafür auch eine offensive Kampagne an ihrer Basis betrieben. Viele zwischen unterschiedlichen „Polen“ in der Gesellschaft hin- und hergerissenen Individuen können auf diesem Wege, indem man ihnen ein konkretes Angebot zum Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und zugleich Identifikationsangebot macht, vom Abglei-

ten in den Rassismus abgehalten oder (zumindest zeitweilig) zurück gewonnen werden. Dennoch bleibt stets ein harter Kern bestehen – jener des Stammpublikums der extremen Rechten –, der sich in den letzten 15 Jahren ideologisch verfestigt haben dürfte.

Dieses Stammpublikum lässt sich in seinem Bruch mit den anderen politischen Angeboten bestärken, indem ihm der Eindruck vermittelt wird, dass der FN tatsächlich auf alles eine Antwort hat, wie beispielsweise im konkreten Fall auch auf die sozialen Probleme. Ob es dem FN wirklich auch gelingen kann, genau damit in neue Wählerschichten einzudringen, dürfte höchst fragwürdig sein – wer sich dazu entschließt, Le Pen seine Stimme zu gehen, tut dies selten nach genauer Lektüre des Programms und mittels eines intellektuellen Akts. Und die Versuche des FN, im gesellschaftlichen Alltag der sozialen Unterschichten präsent zu, beispielsweise mit der Gründung parteieigener Gewerkschaften oder Mietervereinigungen im sozialen Wohnungsbau, hat es zwar gegeben. v.a. zwischen 1996 und 1998. Sie sind jedoch überwiegend gescheitert aufgrund der Parteispaltung im Januar 1999.

Insofern richtet sich die abermalige Ausrichtung auf die soziale Demagogie vor allem auch an das bereits gefestigte FN-Publikum, um es in der Überzeugung zu bestärken, die rechtsextreme Partei präsentiere die „umfassende Alternative". Dennoch ist, leider, im jetzigen Klima durchaus mit einem Anwachsen der FN-Wählerschaft zu rechnen, darüber sind sich die meisten kundigen Beobachter einig.

3. Günstiges Klima für die extreme Rechte

Die für den FN zuständige Journalistin bei der Nachrichtenagentur AFP, Alexandra Turcat, befragte Anfang Oktober mehrere SpezialistInnen, deren Antifaschismus erwiesen ist (Nonna Meyer, Jean-Yves Camus, Maryse SouchardŠ sie alle haben wichtige kritische Bücher über den FN verfasst). Das einhellige Urteil lautete, dass der FN in den kommenden Monaten eine günstige Situation vorfinde; die Wahlforscherin Nonna Meyer war der Ansicht, er könne „leicht" auf einen landesweiten Durchschnitt von 17 Prozent kommen. Das wäre ein Zuwachs gegenüber den letzten Regionalparlamentswahlebn 1998 (15 Prozent), aber etwas weniger als das Ergebnis der extremen Rechten bei der Präsidentschaftswahl 2002.

Immer wieder als wichtige Faktoren genannt werden dabei die Folgewirkungen der antisozialen Politik der amtierenden Regierung in Verbindung mit der anhaltenden Paralysie der etablierten Linksparteien (die Sozialdemokratie trägt noch an der Negativbilanz ihrer eigenen Regierungsjahre, 1997 bis 2002, herum). Man könnte dem hinzufügen, dass auch die Ansätze von Demoralisierung infolge der relativen Niederlage der sozialen Bewegungen im Mai/ Juni 2003 – die regressive Renten"reform" konnte ja letztendlich nicht verhindert werden, da die Rechtsregierung trotz der Millionenproteste auf harte Haltung schaltete - eine Rolle spielen dürfte. Zwar werden sicherlich jene, die selbst auf der Straße waren, kaum in Versuchung geraten, die extreme Rechte zu wählen. (Sie werden entweder für die Linke und/oder die radikale Linke stimmen, oder aber sich unter dem Eindruck relativer Demoralisierung der Stimmabgabe enthalten.) Doch jene, die sich „um sie herum" befinden und die Protestbewegung beobachteten, ohne aktiv an ihr teilzunehmen, könnten unter dem Eindruck ihrer relativen Niederlage anders reagieren. Während jene, die selbst teilnahmen, immerhin konkret die ermutigende Erfahrung von Solidarität und solidarischem Widerstand gemacht haben, gilt das nicht für die am Rande Stehenden. Sie könnten sich durch die Nicht-Durchsetzung der sozialen Bewegung gegenüber den Regierungsplänen zur sozialen „Regression" in Haltungen wie Resignation, Individualismus und Verbitterung bestärkt fühlen. Dort könnte die extreme Rechte durchaus ein geeignetes Publikum finden, das durch die Stimmabgabe einen ohnmächtigen „Protest" auszudrücken versucht.

Nonna Meyer nennt ferner die anstehende EU-Osterweiterung und die damit verbundenen Ängste (Konkurrenz-, „Überflutungs"ängste) in einem Teil der Wählerschaft. Auch die erneute Fokussierung der innenpolitischen Aufmerksamkeit auf „den Islam" (Stichwort Kopftuch-Debatte, infolge des Schulausschlusses für Kopftuch tragende – und möglicherweise islamistischen Einflüssen unterliegende – Schülerinnen in der Pariser Vorstadt Aubervilliers) wird genannt.

Und nicht zuletzt spielen die derzeitigen Äußerungen kleinbürgerlichen bzw. mittelständischen Unmuts eine wichtige Rolle. Sie werden namentlich von einem Führungsmitglied der konservativen Regierungspartei UMP, das ebenfalls einen Stimmenzuwachs für den FN befürchtet, gegenüber „Libération" (13. Oktober) genannt. Dazu zählt vor allem die derzeitige Protestbewegung der „buralistes", d.h. der Inhaber von Tabak verkaufenden Kiosken.

4. Kleinbürgerlich-mittelständischer Protest

In Frankreich sind in der Regel – anders als in der BRD – die Verkaufsstellen für Zeitungen und Papierwaren einerseits (in einer „papeterie") und für Tabak andererseits getrennt. Zigaretten und Tabakwaren werden in spezialisierten Läden verkauft, die aber u.U. auch Café und Bier ausschenken (bar-tabac oder bureau de tabac). Deren Inhaber hängen also zum Großteil vom Verkauf von Tabak, sowie u.U. von Alkohol, ab.

Unter dem Vorwand, die Gesundheit der Bürger besser zu schützen, wird derzeit der Tabakpreis radikal erhöht. In Wirklichkeit geht es darum, die Steuereinnahmen des Staates durch indirekte Besteuerung oder Konsumsteuern (die besonders unsozial, da vom Einkommen völlig unabhängig ausfallend, sind) zu erhöhen. In den letzten 14 Tagen kletterte der Tabakpreis sprunghaft um 18 bis 20 Prozent, aufgrund einer Erhöhung des Steueranteils; und im Parlament wird derzeit eine erneute kräftige Erhöhung diskutiert. Würde sie beschlossen, dann wird das Päcken Zigaretten statt 3,50 künftig 5,50 Euro kosten. Viele Inhaber von Tabakkiosken fürchten deswegen den Ruin. Zwar vermuten sie nicht, dass viele Leute mit dem Rauchen aufhören würden – aber sie befürchten, dass in steigendem Maße geschmuggelte Zigaretten ver- und gekauft würden, die billiger sind, da auf sie keine Besteuerung erhoben wird.

Vor allem in den Grenzgebieten befürchten viele Kioskinhaber jetzt ihren Konkurs. Zum ersten Mal in der französischen Sozialgeschichte kam es deswegen zu einem kollektiv organisierten Protest der Tabak-Kioskbesitzer: Am Montag, 20. Oktober hielten immerhin 95 Prozent von ihnen gleichzeitig den Laden geschlossen.

Da die „buralistes" ohnehin oft konservativ bis reaktionär eingestellt sind (was mit ihrer sozialen Einbettung in die Schicht kleiner Gewerbetreibender und Ladenbesitzer zu tun hat), drohen sich viele von ihnen nunmehr eher nach rechts zu radikalisieren. Für den Front National ist das ein absolut gefundenes Fressen, zumal er hier nach Herzenslust die Thematik der angeblich notwendigen Grenzschließung (d.h. die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an allen französischen Außengrenzen, die aufgrund der EU-Einbindung entfallen waren) entwickeln kann.

Tatsächlich hat der FN-Generalsekretär Bruno Gollnisch ein Vier-Seiten-Faltblatt herausgegeben und an alle Parteikader auf regionaler sowie Bezirks-Ebene verschickt, die es wiederum an alle Tabak-Ausgabenstellen weiter verteilen sollen. (Vgl. auch „Le Monde", 25. Oktober) Inwiefern das dann auch konkret erfolgt ist, lässt sich kaum überprüfen. Darin wird die Argumentation des Front National zusammengefasst, die in durchaus sachlichem Tonfall daher kommt; so werden objektive Fakten wie die Zahlen zu den vorherigen Tabakpreis-Erhöhungen aufgelistet. Daneben aber werden ausführlich FN-spezifische Themen entwickelt wie:

1. Die Notwendigkeit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen und eine damit verbundene Kritik am „Europa von Brüssel", über welches es heißt: „Was (heute) am einfachsten in Europa zirkuliert, das sind die Schmuggler und Kriminellen aller Couleur".

2. Die Thematik der „Inneren Sicherheit", da ausgemalt wird, die Tabakpreis-Erhöhung werde zur Zunahme von Überfallen auf und Einbrüchen in Tabakläden führen.

3. Die Anti-Steuer-Demagogie, da die Kioskinhaber ohnehin zu viele Abgaben bezahlen würden, die oft dazu dienten, „jeden Quatsch zu finanzieren" wie bspw. die 35-Stunden-Woche für abhängig Beschäftigte. Das hatte die sozialdemokratische Jospin-Regierung zwar geplant, das Verfassungsgericht hat dem jedoch einen Riegel vorgeschoben.

Damit beweist der FN zumindest ein gewisses Geschick, was das Aufgreifen realer Stimmungen in der Gesellschaft betrifft. Dies bestätigt, dass die durch ihn verkörperte Gefahr nicht vorüber ist.

Bernhard Schmid, Paris ■

Niedersachsen droht Flüchtlingshelfern

HANNOVER. Der niedersächsische CDU-Innenminister will härtere Strafen für Protestierer, die Abschiebungen zu verhindern suchen. Traumatisierte Flüchtlinge sollen ins Herkunftsland abgeschoben und dort behandelt werden. „Zynisch“, sagt der Flüchtlingsrat.

Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat eine harte Gangart gegenüber ausländischen Flüchtlingen und deutschen Hilfsorganisationen angekündigt. Er will nicht nur aus Abschiebungen wieder Aktionen im Morgengrauen machen und die in Niedersachsen bislang üblichen Vorankündigungen abschaffen. Er machte sich gestern in Hannover auch für eine Verschärfung des Ausländergesetzes stark, die sich gegen Proteste auf Flughäfen oder in Flugzeugen und damit gegen Hilforganisationen richtet.

Gemeinsam mit Bayern wolle er einen neuen Straftatbestand im Ausländergesetz verankern, mit dem „demonstrativen Aktionen Dritter gegen Flugabschiebungen begegnet werden“ solle, sagte Schünemann. Bis zu einem Jahr Haft oder eine Geldstrafe solle demjenigen drohen, der durch Widerstandshandlungen „im Vorfeld der Rückführung oder im Flugzeug“ eine Abschiebung scheitern lasse. In Flugzeugen würden immer häufiger mitreisende Passagiere gegen Abschiebungen protestieren, sich etwa weigern, ihren Platz einzunehmen. Zunehmend seien Abschiebungen nicht mehr mit Linienflügen, sondern nur mit teuren, eigens gecharterten Maschinen möglich.

Empört zeigte sich der niedersächsische Flüchtlingsrat über Schünemanns „haarsträubende Pläne“. Viele Flüchtlinge, die sich im Flugzeug widersetzten, hätten zu Recht Angst vor einer Abschiebung in ihren Verfolgerstaat, sagte der Sprecher des Flüchtlingsrats, Kai Weber. Einzelne Solidaritätsaktionen, bei denen den Fluglinien oder den Piloten schon vor Abschiebungen Protest angekündigt wurde, hätten „durchaus zu begrenzten Erfolgen“ geführt. Von Niedersachsen würden allerdings nur wenige Flüchtlinge ausgeflogen. Schünemann betreibe auch „symbolische Politik“ gegen die Flüchtlinge.

Der CDU-Politiker will noch im November einen Erlass ersatzlos streichen, der Vorankündigungen bei Abschiebungen vorsah. Nur bei Hinweisen auf ein drohendes Abtauchen des Flüchtlings können die niedersächsischen Ausländerämter bislang ohne Vorankündigung abschieben. „Der Innenminister will zu jener Praxis zurückkehren, bei der ganze Familien ohne Vorankündigung festgenommen und die Kinder von der Polizei aus der Schule geholt werden“, kritisierte Weber.

Ein weiterer Vorschlag des niedersächsischen Innenministers richtet sich in den Augen des Flüchtlingsrats direkt gegen die Opfer von Folter und Bürgerkrieg. Schünemann beklagte gestern auch, dass zahlreiche Flüchtlinge nicht abgeschoben werden könnten, weil ihnen kurz vor dem Abschiebetermin vom Arzt eine posttraumatische Belastungsstörung attestiert werde. Niedersachsen wolle künftig die Behandlung dieser Störungen im Heimatland finanzieren und trotz Attest abschieben. Der Flüchtlingsrat bezeichnet das als zynisch. Die attestierten Störungen seien in der Regel Folge von Folter oder traumatischen Kriegserfahrungen und im Herkunftsland nicht behandelbar.

Quelle: indymedia, PM Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Falsche Zahlen zum Tag des Flüchtlings

KIEL. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein macht zum Tag des Flüchtlings darauf aufmerksam, dass die zurückgehenden „Asylantragszahlen“ in der Öffentlichkeit fälschlich als zurückgehende Flüchtlingszahlen interpretiert werden. Dass im Zuge dessen allerdings weiterhin Menschen aus prekären Situationen in die Bundesrepublik Deutschland und nach Westeuropa fliehen, obgleich das hier bestehende, weitgehend entkernte Flüchtlingsrecht ihnen kaum mehr Schutz und Bleiberecht verspricht, bleibe von den Medien und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Die geforderte Differenzierung bei der Anerkennung der vorliegenden Fluchtgründe schutzsuchender Menschen zu leisten sind der deutsche und andere europäische Staaten nach wie vor nicht bereit. Stattdessen fabulieren einige Regierungschefs medienwirksam davon, die nach „Europa drängenden Flüchtlinge in ihren Boten abzuschießen,“ kritisiert der Flüchtlingsrat. *rua* ■

Prozesse gegen AntirassistInnen

FRANKFURT. Am Donnerstag, den 6. November beginnt vor dem Amtsgericht Frankfurt ein Prozess gegen 15 AntirassistInnen. Vor nahezu 2 Jahren, am 10. Dezember 2001 anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte stiegen 27 AktivistInnen in weißen Overalls der Fraport auf das Vordach des damals noch am Tor 3 des Flughafens liegenden Internierungslagers. Protestiert wurde gegen die in Europa einzigarige Flughafenregelung, gegen die Internierung von Flüchtlingen und gegen die unvermindert andauernden Abschiebungen. Die Hessenschau berichtete damals ausführlich über die Aktion.

Mittlerweile ist das Internierungslager am Frankfurter Flughafen noch weiter aus dem öffentlichen Bewusstsein gerückt, wurde es doch ans hinterste Ende des Flughafengeländes verlegt und die dort einsitzenden Flüchtlinge sind nun vollkommen isoliert.

„Internierung stoppen – Welcome to all refugees“ stand auf Transparenten und per Megaphon wurden Grüße an die Flüchtlinge geschickt, die die Aktion durch die Fenster ihres Lagers verfolgen konnten und ausdauernd winkten. Kurze Zeit später wurden alle Beteiligten von der Polizei festgenommen und erhielten Strafbefehle wegen Hausfriedensbruch und dem Tragen „gleichartiger Kleidungsstücke“.

Der Prozess verspricht alles andere als langweilig zu werden, sind die Angeklagten doch nicht so recht reumütig gewillt, die ihnen zugedachte Strafe so einfach zu akzeptieren. Prozessbeginn 9.00 Uhr, Amtsgericht Frankfurt, Gebäude E, 1. Obergeschoss, Raum 11. *Infos: www.aktivgegenabschiebung.de* ■

Abdul Masaray sofort aus der Abschiebehaft entlassen!

Abdul M. wurde am Donnerstag, den 9.10.2003, in seinem Landkreis Schleiz (Thüringen) verhaftet und in das Abschiebegefängnis in Suhl gebracht! Abdul ist seit 2001 aktiv bei The VOICE Refugee Forum engagiert, außerdem ist er ein aktives Mitglied der United Sierra Leone Union in Hamburg. In Thüringen war Abdul einer der Hauptkoordinatoren der bundesweiten Flüchtlingskampagne gegen die Residenzpflicht und der Anti-Residenzpflichtkampagne in Berlin 2001 mit mehr als 3500 Teilnehmern.

Während der Mobilisierungstouren von The VOICE Refugee Forum organisierte er außerdem Diskussionen und Protestaktionen und sprach über Menschenrechtsverletzungen in Sierra Leone.

Sein politisches Engagement als Kritiker im Sinne der Menschenrechte in Sierra Leone gegenüber der Regierungspartei Sierra Leone Peoples Party (SLPP) und auch in Deutschland ist bei seinen Landsleuten und in der afrikanischen Gemeinschaft in Deutschland sehr bekannt.

Seine Fähigkeit zu lesen und zu schreiben und in vier Sprachen (Englisch, Französisch, Arabisch und Fula-Wolof) seinem Protest Ausdruck zu verleihen, trug zu seiner internationalen Profilierung bei, zumal er im Exil damit fortfuhr, die Menschenrechtsverletzungen Präsident Kabbas zu kritisieren.

Offene Gegner der Regierung in Sierra Leone werden leicht als mörderische Mitglieder der RUF betrachtet und deshalb besteht die Gefahr, dass ihm willkürliche Haft, Folter oder Mord drohen. Abdul wird möglicherweise auch staatlicher Verfolgung wegen Landesverrats oder anderer falscher Anschuldigungen ausgesetzt.

Nun, da der brutale Krieg in Sierra Leone vorbei zu sein scheint, und der Frieden, wenn auch noch trügerisch Schritt für Schritt im Lande einkehrt, scheinen viele Seiten, die internationale Gemeinschaft eingeschlossen, einige Schlüsselfaktoren aus den Augen zu verlieren, die die Brutalität und Wildheit des sinnlosen Sterbens und der sinnlosen Zerstörung im Land erleichtert haben. Das Drängen auf Repatriierung, Wiederaufbau und ökonomische Erholung beschäftigen weitgehend alle, insbesondere die Kabba-Berewa-Regierung, während die Säulen zukünftiger Stabilität: Gerechtigkeit, Versöhnung und nationaler Fortschritt wieder einmal vernachlässigt worden sind.

Korruption

Die Regierung der Sierra Leone Peoples Party (SLPP) versteckt sich im Schatten der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Vereinten Nationen, um fortwährend humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung von Stiftungen und anderen zu suchen, während sie gleichzeitig ein Vehikel für Korruption und Ungerechtigkeit bleibt und ein Nährboden für unkontrollierte Gier, sowohl nach staatlicher Macht und Reichtum als auch nach unkontrolliertem sozialen Einfluss.

Gerechtigkeit

Das Maß an Ungerechtigkeiten und vor allem die hohe Anzahl von Menschenrechtsverletzungen, die in Sierra Leone stattfinden, sind vollkommen unvorstellbar. Ein Grund dafür ist, [...] dass die Führung des Landes unfähig ist und keinen Realitätsbezug hat.

Das berüchtigte Sicherheitsgefängnis des Landes, Padema Road Prison, hat Zugriff auf viele unschuldige Zivilisten, die für gewöhnlich nicht einer Tat beschuldigt werden, aber in verfassungswidriger Weise ins Gefängnis geworfen werden. Dass dies gegen das Gesetz des Landes ist, kümmert weder Kabba noch Berewa, obwohl Präsident Kabba bei den Vereinten Nationen war und Berewa Rechtsanwalt ist. Die Umstände im Padema Road Gefängnis sind schrecklich und unmenschlich gewesen.

Derzeit herrscht eine Art von Frieden – doch die Lage ist nach wie vor äußerst gespannt. Auch im Nachbarland Liberia war Frieden – doch plötzlich brach der Krieg auf Allerschlimmste wieder aus. Es war die Regierung Sierra Leones, die die liberianischen „Rebellen“ unterstützte – während die RUF Unterstützung erhält von Liberia und Guinea. Dies bedeutet, dass die Situation jederzeit sehr schnell eskalieren kann.

Es ist noch immer ein langer und schwieriger Prozess, in Sierra Leone wieder Frieden herzustellen. Es gibt Tausende von Vertriebenen, die noch immer einen Platz haben um sich niederzulassen. Jede gewaltsame Abschiebung von Deutschland nach Sierra Leone ist zu diesem Zeitpunkt äußerst destruktiv für den Wiederaufbauprozess des Landes.

Wir fordern Individuen, Gruppen, Organisationen und die allgemeine Öffentlichkeit auf an den thüringischen Innenminister zu appellieren, dass Abdul Mansary aus der Abschiebehaft in Suhl freigelassen wird und dass ein unverzüglicher Abschiebestopp nach Sierra Leone erfolgt.

The Voice Refugee Forum ■

Protestschreiben an den zuständigen Innenminister von Thüringen, mit Bezug auf Abdul Mansaray, VG Gera 4K 20287/03 Ge Herr Andreas Trautvetter, Thüringer Innenministerium, Steigerstraße 24, 99104 Erfurt, Tel.: 0361-37 900, Fax.: 0361- 37 93 111, Mail: poststelle@tim.thueringen.de

Bsirske für Legalisierung

Der Vorsitzende der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Frank Bsirske hat sich für die Legalisierung von Arbeitskräften ausgesprochen, die in Deutschland mit prekären oder ohne Aufenthaltspapiere arbeiten.

„Ich halte es für richtig, dass wir uns als Gewerkschaften dieses Themas annehmen. Ich kann mir eine Legalisierung vorstellen“, erklärte Bsirske am Rande des ersten ordentlichen Gewerkschaftskongresses in Berlin am Freitag, dem 24. Oktober 2003. Der ver.di-Vorsitzende betonte aber auch, dass zuerst eine intensive Diskussion zu diesem Komplex notwendig sei. „Die Bereitschaft dazu gibt es und das ist auf diesem Gewerkschaftstag deutlich geworden“, so Bsirske.

Zuvor waren Mitglieder der Gesellschaft für Legalisierung bei ver.di für einen außerordentlichen Redebeitrag auf das Podium getreten, um auf die Situation der illegalisierten Beschäftigten in Deutschland aufmerksam zu machen. Zugleich forderten sie von ver.di, illegalisierte Arbeitskräfte als Gewerkschaftsmitglieder zuzulassen und sich für die Interessen dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzusetzen. Konkret gehe es um Unterstützung im Kampf gegen Lohnbetrug und für ein Recht auf Legalisierung des Aufenthalts.

Die Intervention auf dem ver.di-Gewerkschaftstag war Teil des Aktionstages für ein „Recht für Legalisierung“, den das Bündnis „Gesellschaft für Legalisierung“ am vergangenen Freitag in Berlin ausgerichtet hat. Der Aktionstag bildet den Auftakt einer bundesweiten Kampagne, deren nächste Station am 27. November 2003 Hamburg sein wird.

Dem Bündnis gehören die Berliner Gründungsorganisationen der „Gesellschaft für Legalisierung“ Kanak Attak, Flüchtlingsinitiative Brandenburg (fib), Polnischer Sozialrat, Mujeres sin Rostro, Medizinische Flüchtlingshilfe, RESPECT-Netzwerk, Frauen/Lesben-Bündnis gegen Rassismus und Illegalisierung - Papiere für alle, Mujeres de esta tierra und elexir-A an.

Laut Schätzungen von Sozialverbänden leben in Deutschland bis zu einer Million Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Von der Verletzung arbeitsrechtlicher Normen ist aber auch eine weit größere Zahl ausländischer Arbeitskräfte mit befristeten Aufenthaltspapieren in Deutschland betroffen. *http://www.rechtauflegalisierung.de* ■

Neuerscheinung:

Globalisierung und Krieg

Claudia Haydt / Tobias Pflüger / Jürgen Wagner, AttacBasisTexte 5
100 Seiten (2003), EUR 6.50 sFr 12.00
ISBN 3-89965-004-2

Ökonomische und militärische Facetten westlicher Hegemonialpolitik bedingen sich gegenseitig: „Der Imperativ der Globalisierung ist Krieg“.

Der von der US-Regierung ausgerufene „Kreuzzug gegen den Terror“ ist ein „permanenter Krieg“. Er wird im Wesentlichen geführt, um eine weltweite (Wirtschafts-)Ordnung militärisch durchzusetzen und abzusichern: Ein „doppelter Krieg“ mit militärischen Mitteln und mit Marktmechanismen. Am Beispiel des Iraks wird deutlich, wie ökonomische Interessen und Kriegsführung ineinander greifen.

Westliche Politik führt z.B. in Somalia zu einer massiven Verarmung, dies zieht Verteilungskämpfe nach sich. Wenn westliche Interessen tangiert werden, folgen direkte (militärische) Interventionen mit dem Ziel der Herstellung ökonomischer und machtpolitischer „Ordnungen“.

Mit dem Europäischen Sozialforum in Florenz sind globalisierungskritische und Antikriegs-Bewegung eins geworden. Protest und Widerstand sollten sich nicht nur gegen die USA richten, sondern ebenso gegen die Militarisierung der EU und den weltpolitischen Aufstieg Deutschlands mit militärischen Mitteln.

„Dem permanenten Krieg der westlichen Staaten kann nur durch Druck von unten im Bündnis der emanzipatorischen Oppositionsgruppen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausgrenzung, Aufrüstung und die derzeitige Form der Globalisierung begegnet werden. Gegen den ausgerufenen permanenten Krieg ist ‘permanente Opposition’ notwendig.“

Zu den Autor/innen: Claudia Haydt ist Religionssoziologin und Beirätin der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. (Kapitel 1-4). Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler sowie Mitglied im IMI-Vorstand und im Wissenschaftlichen Beirat von Attac (Kapitel 7-9). Jürgen Wagner ist Mitglied im IMI-Vorstand (Kapitel 5-6).

Die Buchvorstellung und das Inhaltsverzeichnis finden sich unter: http://www.imi-online.de/2003.php3?id=685 Online-Bestellung: http://www.imi-online.de/buecher.php3

Das Buch kann ab sofort bei IMI bestellt werden: Am besten per email: IMI@imi-online.de oder auch per Telefon: 07071-49154, Fax: 07071-49159 oder Post: Hechingerstrasse 203, 72072 Tübingen.
Das Buch kostet 6,50 Euro plus Porto (0,76 ¬), ab zwei Exemplare verlangt IMI keine Portokosten.

Natürlich gibt es das Buch auch überall im Buchhandel oder direkt beim VSA-Verlag (http://www.vsa-verlag.de), dort finden sich auch das Inhaltsverzeichnis und eine Leseprobe. ■

Witkobündler hetzen mit

Der geplante Anschlag des Martin Wiese und seiner „Kameradschaft Süd“ auf die Baustelle des Jüdischen Gemeindezentrums in München hat natürlich auch seine Vorboten, die „geistigen Brandstifter“ oder Schreibtischtäter. Einer davon ist der in München ansässige revanchistische Witikobund, bei dem selbst das bis dahin arg sehbehinderte „Bundesamt für Verfassungsschutz“ im Dezember 2001 eine „Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen festgestellt“ hat. Hauptquelle dieser „tatsächlichen Anhaltspunkte“ ist der „Witikobrief“, das Mitteilungsblatt dieser nationalistischen „sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft“, die eine tragende Säule der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist. In ihm hat auch der Antisemitismus eine „feste Heimstatt“. So in der Ende Dezember 2002 erschienenen Ausgabe (Heft 6/02).

Dort steht ein zweispaltiger Artikel mit der Überschrift: „Verkaufe Rathaus, sponsere Synagoge“. Da wird willkürlich die finanzielle Misere der Kommunen mit dem Bau eines Jüdischen Gemeindezentrums in Beziehung gesetzt. Aufhänger war die Idee von Münchens OB Christian Uhde, das Münchner Rathaus formell an eine Stiftung zu verkaufen und dadurch im Ergebnis vermutlich etwa 20 Millionen Euro in die Stadtkasse zu bekommen.

Der Artikelschreiber im Witikobrief attackiert, als wenn dies zeitlich zusammenhinge, ein einstimmig beschlossenes „Baukonzept für ein jüdisches Museum auf dem Jakobsplatz“. Es sehe 15,4 Millionen Euro vor, sowie ein „eigenständiges Gebäude zwischen der geplanten Synagoge und dem Jüdischen Gemeindezentrum (mit Versammlungssaal, Schule, Verwaltung und koscherem Restaurant)“. Ironisch-gehässig wird vermerkt, es werde, statt Schulden abzubauen, „eine kreativere Verwendung der Gelder“ gefunden. Woanders als durch Verzicht auf den Bau einer „Synagoge“ Schulden der Stadt abzubauen, darauf kommt der Witikobrief überhaupt nicht. Aber mit antisemitischem Stammtischniveau wird betont von „Synagoge“, von „sponsern“ und „koscherem“ Restaurant geschrieben.

Am Ende, dem Höhepunkt, heißt es: „Es findet eine trickreich finanzierte Immobilientausch-Transaktion statt: ‚Verkaufe Rathaus und investiere in jüdische, werthaltige Immobilien‘, könnte künftig die richtungsweisende, zugleich ‚politisch korrekte‘ (wird höhnisch vermerkt, d.V.) Anlageempfehlung lauten.“ Provokativer Schlusssatz: „Warum nicht den Reichstag verkaufen und dafür in das gigantische Holocaust-Denkmal investieren? Es könnte alles so einfach sein...“

Martin Wiese und Konsorten können sich für ihre Taten bestätigt und bestärkt fühlen. *Friedrich Pospiech, Esslingen* ■
Leserbrief an die Münchner Lokalberichte 22-03

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de

Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Nationales Wunder?

Junge Freiheit Nr. 44/03 vom 24. Oktober 2003

Dieter Stein findet auch, dass der Film „Das Wunder von Bern“ ein nationales Wunder sei und beschimpft kritische Rezensionen: „Am hysterischsten spielt Diedrich Diedrichsen in der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ auf. Sein Satz ‚Natürlich ist Sönke Wortmann kein Nazi‘ kann es mit ‚Natürlich habe ich nichts gegen Juden‘ locker aufnehmen ... Noch vor knapp zwei Jahren hatte der Filmproduzent Bastian Clevé allergrößte Schwierigkeiten, seine phantastische Neuverfilmung des Epos ‚So weit die Füße tragen‘ erfolgreich in die Kinos zu bringen. Widerwillig und lustlos nahmen die Medien diese Erzählung ... auf. Dieser Film wurde fanatisch als ‚revanchistisch‘ bekämpft und lief schließlich nur als Geheimtipp in kleinen Sälen. Beim ‚Wunder von Bern‘ ist dies nun anders ... Auf alle Fälle wurde eine Tür für mehr Mut zu patriotischem Pathos im deutschen Film aufgestoßen!“ Der Rechten gefällt der Film offensichtlich aus diesem Grund.

Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz NRW

Junge Freiheit Nr. 45/03 vom 31. Oktober 2003

Das Blatt führt seinen Rechtsstreit gegen die Beobachtung durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz NRW zur Zeit mit einer Parallel-Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf und dem Bundesverfassungsgericht weiter und droht dem Leiter des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Hartwig Möller, mit einer Unterlassungsklage. Möller hatte nach der Verfassungsschutztagung (siehe letzte Ausgabe) in einem Spiegel-Interview über die Leser des Blattes erklärt: „Man muss sich diese Leute als seriös erscheinende, rechtsextremistische Intellektuelle vorstellen.“

Alexander von Stahl hat Möller bereits geschrieben und Chefredakteur Dieter Stein behauptet, das Blatt prüfe „derzeit die Möglichkeit eines strafrechtlichen Vorgehens gegen den außer Rand und Band geratenen Behördenleiter.“

Aber auch Christoph Butterwegge, der auf der Tagung des Verfassungsschutzes referierte, bleibt weiter im Visier des Blattes. Offensichtlich in Absprache mit dem Blatt hatte die FDP im Landtag eine Anfrage zu Butterwegge und seiner Vergangenheit im SHB gestartet – die FDP zitierte aus einer 20 Jahre alten Ausgabe der SHB-Zeitung ‚frontal‘ – und führte verschiedene andere Aufsätze des SPD-Mitglieds Butterwegge in antifaschistischen Publikationen als „linksextremistisch“ an. *uld* ■

Gudenus-Interview in NPD-Blatt

Deutsche Stimme 10-2003

Offenbar keine Berührungsängste gegenüber Neonazis kennt der *FPÖ-Bundesrat John Gudenus*. So ließ er sich für die Oktoberausgabe der Deutschen Stimme von *Holger Apfel* interviewen. Der FPÖ-Spitzenpolitiker stimmt dort dem NPD-Führungskader in seiner Beschreibung der FPÖ als willige Mehrheitsbeschafferin für den neoliberalen Kurs der ÖVP weitgehend zu. Gudenus setzt an seinen Parteifreunden aus, dass sie „die patriotische bzw. nationale Grundlinie“ heute mehrheitlich verschweigen. Auch das Christentum habe bei der FPÖ keine „kämpferische Komponente“.

Gefragt nach dem Positionspapier, das Andreas Mölzer anlässlich des Treffens europäischer Rechter in Klagenfurt (Juli 2002) formuliert hat, fasst Gudenus dessen Stoßrichtung zusammen: Das Papier bekräftige, dass „in Europa eigene Identität und kulturelle Vielfalt bewahrt werden“ müsse, „die Familie als Keimzelle des Staates und Volkes“ zu fördern sei, in „einem integrierten Europa der Schutz des Bürgers vor einer ausufernden, anonymen Bürokratie und unkontrollierten Lobbies und Kräften im Hintergrund“ garantiert gehöre, „in einer freiheitlichen Bürgergesellschaft der Zukunft die innere Sicherheit Priorität“ habe und „ein Europa der Vaterländer seine weltpolitischen Interessen eigenständig und selbstbewusst vertreten“ müsse. Nichts auszusetzen hat Gudenus daran, dass im Rahmen einer „Europakonferenz“ der NPD und der British National Party dieses „Positionspapier“ angenommen und zur Grundlage einer europäischen Zusammenarbeit von Rechtsextremen und Neonazis erklärt wurde. Vielmehr verlangt auch er, dass „europäische Rechtsparteien [...] sich nicht gegenseitig ausgrenzen und sich nicht durch ihnen ablehnend gegenüberstehende Medien auseinander dividieren lassen“. Als einzige Einschränkung will Gudenus gelten lassen, dass diese Parteien „in der Gesetzgebung der jeweiligen Staaten tätig sind“. *www.doew.at, Neues von ganz Rechts* ■

„Signal“ erscheint jetzt als „nation24.de“

Mit reichlicher Verspätung erscheint Nr. 144, 2. Quartal 2003 (!). Statt das Blatt einzustellen, soll wieder mal ein neuer Titel neue Leser bringen. Herausgeber Manfred Rouhs in seinen „Hausmitteilungen“: Die Auflage der Signal-Druckausgabe stagniere seit Jahren, während die Veröffentlichungen im Internet ständig mehr Besucher anzögen. Folgerichtig passe man das Printmedium nation24.de dem Online-Medium an. Zu erwarten habe die Leserschaft weniger „Meinung“ sondern mehr „Information“, kurze Berichte von im Regelfall zwei Seiten Umfang. Das Titelthema „Der Islam verläßt die Hinterhöfe“ wird dann aber doch gleich über sieben Seiten breitgewalzt. „Während die Deutschen schlapp machen“, so Rouhs, „wissen die Islamisten ganz genau was sie wollen: Europa ist zum Zielgebiet ihrer Mission geworden.“ Dieser „Islamisierung Europas“ hält Rouhs seine „Mission“ entgegen: „Erhalt der abendländischen und nationalen Identität“, 60 Jahre nach Hitler müsse es möglich sein, wieder „einen gesunden Patriotismus zu entwickeln“. Nein, muss es nicht, ist dazu nur zu sagen – denn es ist bekannt, wohin der geführt hat.
u.b. ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507